

Herr Dr. Käbisch genehmigte mir freundlicherweise den Nachdruck seines Beitrages auf detopia.

Clemens Vollnhals und Jürgen Weber (Hg.)

## Der Schein der Normalität

Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

*Zeitzeugen-Sachbuch 2002*

*Mit einem Vorwort von Heinrich Oberreuter,*

*einer Einleitung der Herausgeber*

*und einem Beitrag von Dr. Edmund Käbisch*

[wikipedia E. Käbisch](#)



**E**rinnerung fällt nicht immer leicht. **Verdrängung, Verklärung und Reaktivierung überlagern des öfteren historische Tatsachen.** Schon nach dem Ende der ersten Diktatur des vergangenen Jahrhunderts haben die Deutschen – bei aller Erinnerungsarbeit und „Bewältigung“ – diese Erfahrung gemacht. Die Frontgeneration z.B. neigte dazu, ihre traumatischen Erfahrungen durch die Anrufung der – trotz allem – auch männerbündische Heiterkeit erregenden Erlebnisse in Schützengraben und Gefangenenlagern in den Hintergrund treten zu lassen.

Im Volk wurde der „deutschen Katastrophe“ (Meinecke) vielfach Autobahnbau und Kriminalitätsbekämpfung des NS-Regimes beigegeben. Niemand lebt offenbar gern in Zeiten exklusiver trostloser Erbärmlichkeiten. Auch wenn die Dimensionen ungleich andere sind – die Mechanismen des Entfliehens präziser Erinnerung sind nach der zweiten Diktatur ganz ähnlich. Es verklärt sich, was sich positiv interpretieren lässt, und es verblasst das Erbärmliche.

Natürlich ist diese Erscheinung kritikbedürftig. Sie motiviert nebenbei historische Forschung und Aufklärung. Da aber über die Periode von 1933 bis 1989 die deutsche Gesellschaft insgesamt im Glashaus sitzt, gibt es für niemanden ein Recht, mit Steinen zu werfen. Dennoch besteht eine Pflicht zu wahrheitsgemäßer Darstellung der Geschichte.

Die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen kann man nicht vom Ende der Teilung her beurteilen. Besonders im Westen waren die Kenntnisse über die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Alltags- und Lebensbedingungen im Osten verschwommen. Umgekehrt galt, dass das Fernsehbild von der Wirklichkeit mit der realen Wirklichkeit des Westens keineswegs übereinstimmte.

Gerade den Zusammenhang von Herrschaft und Alltag aufzuklären, verlangte intellektuelle Operationen, für welche weder im Allgemeinen die Vorbildung und im Besonderen das Interesse zu allen Zeiten bestand. Am präzisesten war der Wissensstand sicher zu Beginn der Teilung, als Gründungsintentionen und Zielvorgaben beider Systeme evident erschienen. Die Zuweisung der BRD zum Lager des Klassenfeindes entfaltete im Osten keine Glaubwürdigkeit. Im Westen galt die DDR bis in die sechziger Jahre unzweifelhaft als Diktatur mit totalitärem Anspruch, im Kern gekennzeichnet durch das Weltanschauungs- und Politikmonopol der Partei, woraus sich die Alltagspraxis der Herrschaft ableitete.

Doch schon Mitte der sechziger Jahre nahm jedoch im Westen die Neigung zu, von den rechtstaats- und freiheitswidrigen Konstruktionsprinzipien der DDR und der ihnen folgenden Praxis zu abstrahieren. Stabilisierung galt als Voraussetzung für Liberalisierung – eine bitter enttäuschte Hoffnung. Währenddessen nahm im Osten nach dem Mauerbau die Anpassung zu, obgleich die offenkundige Repression nachließ. Die Instrumente der Diktatur wurden differenzierter, griffen aber nach wie vor nachhaltig in die Lebenschancen des Einzelnen ein.

Den Bürgern blieb wenig übrig, als sich im Grunde alltäglich – internalisiert – auf die Logik des Faktischen einzulassen: Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeiten. Joachim Gauck spricht von einer Selbstentmächtigung durch höhere Einsicht, beruhend auf Ohnmacht und Ausweglosigkeit durch die historische Situation. Selektive Wahrnehmung griff um sich. Manches wollte man gar nicht so genau wissen – ein Phänomen, das nach Hannah Arendt typisch für das Leben unter Diktaturen ist.

In selektiver Erinnerung setzt sich diese Haltung bis heute fort – und in der Befürchtung, der geschichtliche Wandel und die Geltung neuer, konträrer Legitimitätsideen griffen nach der eigenen Biografie – ein Irrtum, der in letzter Konsequenz eine nachträgliche Identifikation von Person und System herstellen würde, die es damals im Alltag für die allermeisten nicht gegeben hatte.

Denn sich in unentrinnbare Strukturen nolens volens einzupassen kann keineswegs mit einer solchen Identifikation gleichgesetzt werden. Das Leben ist unter den gegebenen Bedingungen zu leben. Sich zu arrangieren oder sich in alltäglichen Widerständigkeiten

zu engagieren ist eine ganz unechte Alternative. Sie als alltägliche Lebensweise zu unterstellen oder gar einzufordern, bezeugt nichts anderes als Unverstand. Wo im Alltag Diktatur herrscht, müssen die meisten Biografien zwangsläufig gebrochen sein. Über Unvermeidliches müsste man sich nicht genieren. Erst recht ist es kein Anlass und keine Rechtfertigung für Vorwürfe von außen. Entsprechende Vorwürfe bezeugten nur die Fortexistenz der über Jahrzehnte in die westdeutsche Gesellschaft eingesunkenen Desinformation über Alltag und Herrschaft in der DDR.

7

*Heinrich Oberreuter*  
*Vorwort 2002*

## Index

*Clemens Vollnhals & Jürgen Weber (Hg.) # Sachbuch 2002 # Der Schein der Normalität # Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur # 2002 by Olzog Verlag, München # ISBN 3-7892-8077-1 # # 2002 # 450 Seiten # Mit einem Vorwort von Heinrich Oberreuter, einer Einleitung der Herausgeber und einem Beitrag von Dr. Edmund Käbisch.*

### Siehe auch:

[wikipedia Heinrich Oberreuter](#) \*1942

[wikipedia Clemens Vollnhals](#) \*1956

[wikipedia Edmund Käbisch](#) \*1944

Dr. Martin Böttger bei detopia, z.B. bei [Bahro 2002](#)



# Inhalt

- Vorwort
- Einleitung
- Stefan Wolle: Sehnsucht nach der Diktatur? –  
Die heile Welt des Sozialismus als Erinnerung und Wirklichkeit (17)
- Peter Skyba: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung (39)  
Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre
- Annette Kaminsky: Konsumpolitik in der Mangelwirtschaft (81)
- Clemens Vollnhals: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der "Partei"  
(113)  
Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR
- Achim Beyer: Die „Werdauer Oberschüler" (157) Widerstand und Verfolgung von  
Jugendlichen zu Beginn der fünfziger Jahre. Ein Zeitzeugenbericht
- Thomas Auerbach: Jugend im Blickfeld der Staatssicherheit (201)
- Annegret und Hans-Hermann Dirksen: Kinder der Zeugen Jehovas -  
Staatliche Ausgrenzung und soziale Repression (218)
- Joachim Walther: Die alltägliche Zensur und der Alltag in der Literatur (287)
- Baldur Haase: Volkskunst und Stasi – am Beispiel des Bezirkes Gera (305)
- Bernd Eisenfeld: Flucht und Ausreise – Erkenntnisse und Erfahrungen (341)
- Edmund Käbisch: Die letzten Jahre der DDR –  
Mein Alltag als evangelischer Pfarrer in Zwickau (373)
- Ines Geipel: Das "Sportwunder" DDR und die andere Seite seiner Medaillen (417)
- Die Autoren (445)

Clemens Vollnhals · Jürgen Weber | Hg.

# Der Schein der Normalität

Alltag und Herrschaft  
in der SED-Diktatur



VERLAG  
FÜR  
KUNST  
UND  
LITERATUR  
BERLIN

OLZOG

Mit *Herrschaft* und *Alltag* sind zwei Schlüsselbegriffe benannt, die das Leben in jeder Diktatur ganz spezifisch prägen. Dies gilt erst recht für Weltanschauungsdiktaturen, die sich nach der Eroberung der Macht nicht mit der Ausübung der staatlichen Herrschaft und der Verteidigung ihres Machtmonopols begnügen, sondern auch im Weltanschaulichen ein ideologisch bestimmtes Deutungsmonopol für sich beanspruchen.

Die Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter den politischen und ideologischen Führungsanspruch der herrschenden Partei ist das Charakteristikum moderner Weltanschauungsdiktaturen, das sie vom herkömmlichen Typus autoritärer Diktaturen unterscheidet.

Es ist das visionäre Endziel, die Verwirklichung der großen Utopie, das den Einsatz aller Mittel zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft legitimiert. Der unmittelbare parteistaatliche Zugriff auf alle Lebensbereiche duldet jenseits privater Nischen keine eigenständige Autonomie von Ökonomie, Kultur und Gesellschaft. Der totale Herrschaftsanspruch hebt die bürgerliche Trennung von Staat und Gesellschaft auf und ordnet alle Bereiche dem planenden und steuernden Primat der Politik unter. Weltanschauungsdiktaturen bedürfen zu ihrem Erhalt sowohl der Integration, die auf vielfältigen ideologischen wie sozial-politischen Komponenten beruht, als auch der permanenten Kontrolle, Repression und Ausgrenzung. Integration und Repression prägen denn auch den Alltag; beide Momente ergänzen sich wechselseitig und sind konstitutiv für die innere Systemstabilität.

Dass die DDR eine Diktatur war und die SED das Machtmonopol innehatte, steht außer Zweifel. Strittig ist in der öffentlichen Debatte allein die Frage ihrer Charakterisierung: War sie eine totalitäre Diktatur? Soll man die Ära Honecker als spät-totalitäre, als post-totalitäre oder nicht besser als eine autoritär geprägte Fürsorgediktatur bezeichnen?

Auf abstrakter Ebene, auf der Ebene der politischen Herrschaftstypologie, lässt sich hier trefflich streiten. Zumal der Totalitarismusbegriff, obgleich wesentlich älter, als politischer Kampfbegriff aus der Zeit des Kalten Krieges belastet ist, und vielen der Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus als anstößig gilt. Auch gibt es in der Wissenschaft ganz unterschiedliche Definitionen dessen, was man unter „Totalitarismus“ zu verstehen habe.

Gleichwohl sollte dies nicht dazu verführen, den heuristischen Erkenntniswert der verschiedenen Spielarten der Totalitarismustheorie zu unterschätzen. Die vielfach feststellbare Begrenztheit des totalen Verfügungsanspruchs von Weltanschauungsdiktaturen ist per se kein Gegenargument, sondern verweist lediglich auf den Umstand, dass die Umsetzung des prinzipiell schrankenlosen Herrschaftsanspruchs in der Praxis stets auf vielfältige Begrenzungen und Widerstände stößt: auf den gesellschaftlichen Eigensinn wie auf exogene Faktoren, die außerhalb des Systems liegen und die revolutionäre Dynamik begrenzen.

Was bedeuten diese knappen Vorüberlegungen nun für die Geschichte der DDR, für Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur? War sie nicht doch, zumindest in der langen Amtszeit Honeckers, eine kommode Diktatur mit einer liebenswerten Nischengesellschaft, der bis heute nicht wenige nachtrauern? Oder war ihr primäres Merkmal der monströse Kontroll- und Repressionsapparat der Staatssicherheit, die alle Sphären der Gesellschaft konspirativ durchdrang und zersetzte?

Die Antwort fällt bekanntlich sehr unterschiedlich aus. Dies liegt nicht nur an den differenten Lebenserfahrungen der Täter und Opfer und — jenseits aller einfachen Zuschreibung — dem breiten Spektrum der Mitläufer und Nutznießer des Systems. In Rechnung zu stellen ist ebenso, dass Herrschaft und Alltag nicht umstandslos in eins fallen, dass das eigene Leben auch und gerade in der Diktatur nicht deckungsgleich mit den politischen Verhältnissen ist.

10

Deshalb ist es auch nicht sonderlich verwunderlich, dass in der Erinnerung vieler Ostdeutscher die positiven Erfahrungen des Alltags überwiegen: die Solidargemeinschaften in Betrieb und Nachbarschaft, der gesicherte Arbeitsplatz, die stabilen Mieten etc. Die durch Umfragen belegte DDR-Nostalgie dürfte jedoch weniger das Resultat fortwirkender politischer Überzeugungen sein als vielmehr eines elementaren menschlichen Grundzuges, der die Bewältigung des privaten Lebens enorm erleichtert: Wir erinnern uns eher an das Gute und vergessen das Schlechte. Hinzu kommt vielfach ein emotionaler Affekt, ein untergründiger Abwehrreflex gegen den dominierenden Westen, den die PDS meisterlich auszubeuten versteht.

Eine der zentralen Aufgaben der politischen Bildung ist seit langem die selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur. Insofern ist es keine neue Erkenntnis, wie zählebig politische Mythen und ideologische Versatzstücke als Restbestände besonders im familiär-privaten Umfeld fortleben. Die schlechten Seiten werden von den vermeintlich guten getrennt und gegeneinander aufgerechnet. Dass die "sozialen Errungenschaften" der DDR, der Konsum-Sozialismus Honeckers, mit dem Ruin der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erkaufte wurden, bleibt dabei außer Betracht, um nur ein Beispiel zu nennen.



Das komplizierte Wechselverhältnis von Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur unterlag in 40 Jahren einem beständigen Wandel, der in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich ausfiel und vielfach erst noch vertiefter Erforschung bedarf. Insofern wäre es vermessen, schon jetzt eine Bilanz ziehen zu wollen.

Als eine Entwicklungstendenz lässt sich sicherlich festhalten, dass der offene Terror und die harte Repressionspolitik zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, die die frühen Jahre maßgeblich geprägt und eine große Fluchtbewegung hervorgerufen hatten, mit dem Mauerbau 1961 ihren Abschluss fanden. Beton und Stacheldraht symbolisierten das Scheitern im Wettstreit der Systeme, den die SED-Diktatur ohne den Einsatz sowjetischer Panzer schon beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 verloren hätte.

11

Sie war von Anfang an das abgeleitete Produkt der sowjetischen Besatzungsmacht – und erst in einer sehr viel weiteren Perspektive das Ergebnis des vom Nationalsozialismus begonnenen Zweiten Weltkrieges. Der "Sozialismus in einem halben Land" bedurfte gewaltsamer Geburtshelfer und ging folgerichtig mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums unter.

Mit dem Amtsantritt Honeckers 1971 begann die Phase einer verstärkten Integrationspolitik, die auf die Sozialpolitik als Mittel zum Erhalt der Systemloyalität setzte; gleichzeitig wurde der Apparat der Staatssicherheit bis 1989 nahezu verdoppelt.

Sozialpolitik und Staatssicherheit sollten den Machterhalt der kommunistischen Diktatur garantieren, deren visionäre Heilserwartung sich längst in den Mühen der Ebenen verbraucht hatte. Lediglich im Westen vermochte in den siebziger Jahren der utopische Gehalt des Kommunismus noch eine intellektuelle Faszination auszuüben, was zumeist keine Begeisterung für den "real existierenden Sozialismus" implizierte.

Vom revolutionären Impetus einer ursprünglich breiten sozialen Bewegung war kaum mehr übrig geblieben als die ideologische Rechtfertigung einer Diktatur, die sich selbst als „Diktatur des Proletariats“ bezeichnete, deren greise Führungsriege jedoch nur noch ein Ziel kannte: die Sicherung des eigenen Machterhalts. Die Bewahrung des Status quo war das oberste Ziel Honeckers, eines hochgedienten Apparatschicks, der in persona den bürokratisch versteinerten Sozialismus verkörperte.

Mit dem ideologischen Furor und Terror des Nationalsozialismus wie des Stalinismus hatte dieses Regime wenig gemein, worauf Kritiker der Totalitarismustheorie mit guten Gründen verweisen. Eine Gleichsetzung verbietet sich in der Tat. Der immer wieder herangezogene plumpe Vergleich beider deutscher Diktaturen, der die Unterschiede verwischt und indirekt die NS-Verbrechen relativiert, bedient mehr tagespolitische Interessen im politischen Meinungskampf, als dass er die wissenschaftliche Erkenntnis

Von solcher Instrumentalisierung abgesehen, ist der Vergleich eine wissenschaftlich selbstverständliche Methode, die es erst überhaupt erlaubt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen. Anders als der inhaltsarme Begriff der „modernen Diktatur“, der völlig offen lässt, was denn am Charakter – nicht an einzelnen Herrschaftstechniken – dieser Diktaturen „modern“ gewesen sein soll, vermag eine modifizierte Totalitarismustheorie hier wesentliches zum besseren Verständnis und zur kategorialen Einordnung im Sinne einer Typologie von Herrschaftsformen beizutragen.

Dies setzt freilich voraus, dass wir uns von der weitverbreiteten Auffassung lösen, das Wesen totalitärer Regime sei der permanente Terror und Massenmord oder, wie es im Werke Hannah Arendts düster aufscheint: die Auflösung der menschlichen Existenz im Lager als dem eigentlichen Ziel totalitärer Herrschaft.

Fruchtbarer für eine vergleichende historisch-politologische Analyse erscheint dagegen ein Totalitarismuskonzept, in dessen Mittelpunkt nicht die Vernichtung, sondern die totale Kontrolle steht, wie es beispielsweise von KIELMANSEGG vertreten wird.

Er benennt drei Kriterien: 1. Die Monopolisierung von Entscheidungsmacht in einem Führungszentrum, das keiner Form institutionalisierter Kontrolle unterliegt und prinzipiell jede Entscheidung an sich ziehen bzw. jede außerhalb des Führungszentrums getroffene Entscheidung revidieren kann. 2. Die prinzipiell unbegrenzte Reichweite der Entscheidungen des politischen Systems. Und 3. Die prinzipiell unbegrenzte Intensität der Sanktionen.

Das schließt, wie Kielmansegg weiterhin ausführt, die Möglichkeit des Terrors ein. „Aber viel wichtiger ist im Grunde die unbegrenzte Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen diesseits des blanken Terrors [...]“<sup>1)</sup>

1) Peter Graf Kielmansegg: *Krise der Totalitarismustheorie?* (1974). In: Eckhard Jesse (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1996, S. 286-304, hier 298 f.

Einen Überblick über die neuere Literatur geben u.a.: Hans Maier (Hg.): *"Totalitarismus" und "Politische Religionen"*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996;

Ders./Michael Schäfer (Hrsg.): *"Totalitarismus" und "Politische Religionen"*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. II, Paderborn 1997;

Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.): *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, Achim Siegel (Hrsg.): *Totalitansmstheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln 1998; Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): *Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung*, Dresden 1999.

Die Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen ist gleichsam das innere Band, das die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes miteinander verbindet. Sie sind keinem theoretischem Konzept verpflichtet, sondern beleuchten aus unterschiedlicher Perspektive einzelne Aspekte des Verhältnisses von Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur. Im Mittelpunkt steht hierbei die Ära Honecker, speziell die siebziger Jahre, die gemeinhin als das beste Jahrzehnt der DDR gelten.

Neben fachwissenschaftlichen Analysen stehen persönliche Erfahrungsberichte, in manchen Beiträgen kommen beide Perspektiven zum Tragen. Die Beiträge beleuchten verschiedene Facetten des Themas, sie konzentrieren sich auf bestimmte Aspekte, behandeln aber längst nicht alle Bereiche, die man für eine umfassende Darstellung des Verhältnisses von Herrschaft und Alltag heranziehen müsste. Dies war weder möglich noch angestrebt, insofern vermag der vorliegende Sammelband keine abschließende Bilanz zu ziehen. Gleichwohl möchte er einen Anstoß für die politische Bildung geben, sich des Themas kritisch anzunehmen. Integration und Repression, Sozialpolitik und Staatssicherheit bedingten sich gegenseitig. Sie durchdrangen den Alltag auch dort, wo der Herrschaftsanspruch der Diktatur weniger sichtbar in Erscheinung trat.

Existent und jederzeit aktivierbar blieb der Herrschaftsanspruch der SED allemal. Dafür sorgten schon die vielen großen und kleinen Inhaber von Posten und Funktionen in den politischen Apparaten und gesellschaftlichen Institutionen, die im Auftrag der Partei in den Betrieben und Schulen, in den Wohnbezirken und in den Freizeit- und Kultureinrichtungen etc. ein wachsames Auge auf die DDR-Bürger – "unsere Menschen", wie es im obrigkeitsstaatlichen Jargon der SED häufig hieß – warfen.

14

Natürlich waren dem [Durchgriff](#) der Herrschenden gegenüber den Beherrschten in der DDR auch Grenzen gesetzt. Am Schlendrian der Basis und an der Unlust des Einzelnen, sich anzustrengen, konnten noch so vollmundig verkündete Initiativen der Parteiführung zur "Vervollkommnung des Sozialismus" scheitern. Mit Lippenbekenntnissen und äußerlichen Loyalitätsbekundungen zum DDR-Staat versuchten viele Bürger, sich Freiräume zu sichern, ohne damit das Regime stabilisieren zu wollen.

Kleine Arrangements zwischen den Machthabern und den Bürgern sicherten Ruhe und Ordnung im Land und fixierten den Status quo. Doch wenn die Führung ihr Machtmonopol bedroht sah, gab es keine privaten Nischen mehr, in die sich die Bürger zurück ziehen konnten. Eigensinn, Aufsässigkeit oder gar Dissidenz, öffentlich demonstriert, wurden dann schnell zu Staatsverbrechen. Über die Grenzen der Diktatur sollte man daher nicht spekulieren, ohne die historischen Quellen zu befragen.

Die folgenden Beiträge befassen sich mit der Allgegenwart der kommunistischen Parteidiktatur in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR, mit ihren brutalen und

subtilen Formen der Kontrolle und Bevormundung der Bevölkerung, mit der Bedenkenlosigkeit, mit der sich die Machthaber über menschenrechtliche Standards hinwegsetzten und Andersdenkende verfolgten. Auch die für das Regime kontraproduktiven Folgen von Planwirtschaft und politischer Entmündigung kommen zur Sprache. So verstanden es die von der Führung als Untertanen behandelten Bürger der DDR durchaus, dem Volkseigentum auch seine positiven Seiten abzugewinnen und sich in der Mangelgesellschaft einzurichten – allerdings anders als sich das die Machthaber vorstellten: die geringe Arbeitsproduktivität und die weit verbreitete "institutionalisierte Verantwortungslosigkeit" (Stefan Wolle) zählten zu den gravierenden Folgen der Parteidiktatur in der DDR.

Wollte man aus den verschiedenen Beiträgen ein allgemeines Resümee ziehen, so spricht vieles für die Definition Kielmanseggs. Die SED-Diktatur war sowohl ihrem ideologischen Herrschaftsanspruch nach als auch in der machttechnisch perfektionierten Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft totalitär verfasst. Allerdings nahm ihr Sanktionspotential gegen den „inneren Feind“ in demselben Maße ab, wie es galt, auf die Reaktionen des Westens und wirtschaftliche Interessen Rücksicht zu nehmen.

Mit einer inneren Liberalisierung aus freien Stücken hatte dies jedoch wenig zu tun. Es waren vielmehr äußere Zwänge, die eine Mäßigung des ideologischen Gestaltungs- und Verfolgungswillens bewirkten und somit auch gewisse Freiräume schufen. An der Grundstruktur der vollständigen Gleichschaltung und Entmündigung der Gesellschaft änderte sich jedoch nichts, lediglich die Methoden wandelten sich. Sie wurden subtiler und raffinierter, um die Illusion des äußeren Scheins – die heile Welt des Sozialismus – aufrechtzuerhalten.

Wer sich dem Austausch von angebotener Fürsorge gegen Gehorsam nicht verweigerte, konnte sich mit den Verhältnissen arrangieren, ohne mit ihnen in Konflikt zu geraten. Das durchaus erfolgreiche Konzept manipulativer Sozialsteuerung musste freilich versagen, als der wirtschaftliche Niedergang unübersehbar wurde und sich für die Bürger mit dem Wegfall der sowjetischen Interventionsdrohung neue Handlungsräume eröffneten.

Der hier vorgelegte Sammelband geht auf eine Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Oktober 2000 zurück. Er enthält neben den für die Drucklegung teils erheblich erweiterten Referaten auch einige das Thema abrundende Beiträge, die eigens für diese Publikation verfasst und zusätzlich aufgenommen worden sind.

16

**# Vollnhals, Weber, Einleitung 2002 #**

# Die letzten Jahre der DDR

## Mein Alltag als evangelischer Pfarrer in Zwickau

Von Dr. Edmund Käbisch

2002



Eure Rede aber sei:

Ja, ja; nein, nein.

Was darüber ist,  
das ist vom Übel.

Matthäus 5,37

373

### Standortbestimmung

**I**ch habe die ganzen 40 Jahre in der DDR gelebt. Diese Jahre in der sozialistischen Gesellschaft haben mich geprägt. Ich kann sie nicht wegwischen oder leugnen, denn sie gehören zu meinem Leben. Sie waren keine vertane Zeit, denn ich bemühte mich, für Menschen dazusein und Nächstenliebe zu üben. So will ich meine persönliche Geschichte, die nicht spektakulär war, erzählen. Sie war mein Alltag.

Meine Biografie möchte ich kurz schildern. Sie macht mein Denken und Handeln verständlicher. 1944 wurde ich in Waldenburg (Schlesien) geboren. Im Sommer 1946 wurde meine Familie vertrieben, und wir mussten in einem Treck, in einem Viehwaggon Schlesien verlassen. Später erfuhr ich aus den Erzählungen der Eltern auch von den Gräueltaten, Plünderungen und Vergewaltigungen, die zuerst von den Russen und später von den Polen begangen wurden, so wie es immer in den Wirren der Kriege und in der Nachkriegszeit üblich ist. Jedenfalls stimmten die Erlebnisberichte nicht mit der offiziellen Darstellung überein. Damals musste meine Familie mehrere Wochen im Lager bei Elsterberg hinter Stacheldraht hausen. Dann wurden wir als Flüchtlinge in das Dorf Gelenau bei Kamenz transportiert und dort auf einem Bauerngut untergebracht.

In Gelenau habe ich meine Kindheit verlebt, die von Armut, Not und Diskriminierung gekennzeichnet war. Ich musste am eigenen Leibe erleben, was Hunger heißt. Meine Eltern kämpften ums Überleben. Mein Vater war ein sogenannter "Zwölfender", der

1932 in das 100.000-Mann-Heer der Reichswehr eintrat und im Dritten Reich Soldaten ausbildete. So brauchte er nicht an die Front und geriet auch nicht in Gefangenschaft.

In Gelenau bekam er auf Grund seiner Vergangenheit als Berufssoldat weder eine Arbeit noch eine Anstellung. Er machte sich selbstständig und fertigte Strohschuhe an, so wie er es in seiner Kindheit von seinen Eltern gelernt hatte. Warmes Schuhwerk war eine begehrte Handelsware. Daraus entwickelte sich eine Schusterwerkstatt. Später hat er eine Frostschutzmatten- und Fußabtreterfabrik gegründet und Arbeiter angestellt. Er wurde dadurch zum Kapitalisten. Zum Schluss hat er noch eine Betonfirma aufgebaut. Diese Kindheit hat Spuren hinterlassen. Es sind zwei Urerlebnisse:

Ich wurde immer wieder als Flüchtlingskind bezeichnet und behandelt. Ich war ein Fremder, ein Ausgestoßener und gehörte oft beim Spielen nicht dazu. Das tat weh und sitzt immer noch tief! Und ich wurde von der roten Klassenlehrerin als Kapitalistensohn bezeichnet und vor der Klasse bloßgestellt. Als Kapitalistensohn durfte ich z. B. nicht an der Schulspeisung teilnehmen, obwohl wir zuhause oft nur Brot und Sirup auf dem Tisch hatten und Fleisch nur von der Freibank kaufen konnten. Diese Ausgrenzung und Diskriminierung hat mich gekränkt.

Vor dem Hintergrund dieser frühen Erfahrungen habe ich bis heute keine Berührungsängste vor Menschen, die ausgestoßen, notleidend, schwach, benachteiligt, diskriminiert, asozial, behindert sind. Ich kann mich in sie emotional hineinversetzen und für sie Verständnis aufbringen. Ich habe versucht, solche Menschen in die Kirchengemeinde aufzunehmen, obwohl dies nicht zu meinen offiziellen Pflichten gehörte und es angeblich dem Image der Kirche schadete.

374

Ich bin dafür weder berufen noch legitimiert worden. Ich habe mir die Menschen nicht ausgesucht, sondern sie standen vor der Tür der sozialistischen Gesellschaft und der Kirche. Ich habe mir das Recht genommen, für sie eine Art Anwalt zu sein und mich ihrer Alltagsprobleme anzunehmen. Die Kirchenmitgliedschaft spielte dabei keine Rolle, sondern meine Gewissheit, dass Jesus es ähnlich getan hätte. Dieser Glaube hat mich angespornt, und ich habe mich auf Gottes Wort und Verheißung eingelassen. Das Handeln und nicht das Reden war mir wichtig. Ich sah meine zusätzliche Arbeit als ein stellvertretendes Handeln der Kirche an.

Aber ich muss gestehen, dass ich dabei oft großes Herzklopfen hatte und unsicher war. Ich habe ein Stück evangelische Freiheit gelebt. Im bürgerlichen Sinne zeigte ich Zivilcourage, aber aus der Sicht des christlichen Glaubens nenne ich es Gehorsam.

Ich habe die Freiräume – "Narrenfreiheiten" –, die andere Berufssparten nicht hatten, genutzt. Dadurch bin ich zum Störenfried und Unruhestifter sowohl im Staat als auch in der Institution Kirche geworden. Ich passte mit meiner Arbeit nicht in das Klischee

des Pfarrers. Die Arbeit wurde zwar von der Amtskirche geduldet, aber sie war im Prinzip nicht gewollt. Die politischen Umstände brachten es mit sich, dass nach außen hin eine Geschlossenheit und Einmütigkeit dargestellt wurde, die aber nur Schein war. Die eigenen Leute sind mit staatlicher Empfehlung gegen mich heimlich vorgegangen.

Ich meine, dass ich meinen Part in der Geschichte Zwickaus gespielt habe, obwohl ich heute manchmal denke, zu wenig getan zu haben. Ich sah mich nie als Oppositioneller und Gegner der DDR, sondern ich betrachte mich als protestierenden Christen. Ein Protestant sollte ein Mensch sein, der für seinen Glauben öffentlich Zeugnis ablegt und für sein Bekenntnis auch Konsequenzen in Kauf nimmt, so wie es die Vorfahren während der Reformation oder die Märtyrer in der ersten Christenheit taten. Für mich ist Jesus das Vorbild eines Protestanten.

375

Von fünf Arbeitsfeldern werde ich berichten, die ich neben den regulären pfarramtlichen Pflichten übernahm. Die Darstellung erfolgt nicht unter dem Blickwinkel eines Historikers, sondern es sind alltägliche Ereignisse, die mir wichtig sind. An ihnen werden mein Glaube und meine Theologie erkennbar. Die Veränderungen, die zum Sturz der DDR führten, begannen nicht erst im Herbst 1989, sondern viel früher. Eine Grobeinteilung, die hilfreich für das eigene Geschichtsverständnis ist und die auch hinter dieser Darstellung steht, möchte ich für die achtziger Jahre vornehmen.

Es sind drei Etappen:

1. Die Jahre 1980 bis 1987 waren die Phase des Aufbegehrens und der Protestaktionen (Friedensdekade, Aktion "Schwerter zu Pflugscharen", Arbeitseinsätze). Der Einzelne entdeckte, dass er etwas bewegen konnte. Die Gleichgesinnten fanden sich und bekamen Mut. Es bildeten sich Basisgruppen und man solidarisierte sich. Diese Leute in den Basisgruppen waren für den Staat gefährlich und wurden von der Stasi geheimdienstlich bearbeitet entweder in Operativen Vorgängen (OV) oder in Operativen Personenkontrollen (OPK).<sup>1</sup>

Die allseitige und unsichtbare Beeinflussung schwebte wie ein Damoklesschwert über meinem Wirken. Für die Stasi war ich der OV "Kontrahent": Jedes Telefonat wurde abgehört, die Briefe geöffnet. Inoffizielle Mitarbeiter (IM) drangen in meine Privatsphäre, auch meine Kinder, Eltern und Geschwister wurden geheimdienstlich bearbeitet.

1) In meinem Bericht werden die OV/OPK und die IM mit erwähnt, damit erkennbar wird, wie die Stasi versuchte, überall konspirativ einzudringen, Informationen zu sammeln und die Geschehnisse zu beeinflussen. Dabei sind einige zu Verrätern geworden. Anscheinend erfasste die Stasi jeden, der sich in die von mir angebotene Arbeit einbrachte und engagierte.

376

Sogar der eigene Kirchenvorstand ist von der Stasi gegen mich gesteuert worden. Gegen meine Frau ist die OPK "Versucher" angelegt worden. Die Stasi verfolgte das Ziel, einen Ehebruch zu organisieren, der öffentlich gemacht werden sollte, um die Landeskirche zu nötigen, mich von Zwickau wegzusetzen.

Meine Arbeit war eine Gratwanderung, ein nicht einstudierter Balanceakt auf einem Artistenseil ohne Netz.

2. In den Jahren 1987 bis 1989 erfolgte in Zwickau eine Bündelung und Vernetzung der einzelnen Gruppen zum Konziliaren Prozess unter dem Thema: "Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung". Erwin Killat (OV "Konzil") hat diesen Gedanken nach Zwickau getragen und wurde zum "Vater" dieser Bewegung. Die Unmündigkeit wurde abgestreift. Es war ein Befreiungsvorgang. Es wurden Strukturen geschaffen, um die Gedanken des Konziliaren Prozesses unter die Bevölkerung zu bringen. Eine DDR-weite Solidarisierung fand statt. Es begann eine Bewegung vom Konziliaren Prozess zu den Friedensgottesdiensten bis hin zu den Demonstrationen auf der Straße.

3. Ab Herbst 1989 begann die Phase der Aufspringer und Trittbrettfahrer. Für mich waren sie die DDR-Angepassten, die geschwiegen, devot alles mitgemacht und nichts riskiert hatten, aber jetzt nach vorn und nach oben strebten. Sie gehören zur Kategorie der Wendehälse, die in jeder Gesellschaft und auch in der Kirche zu finden sind. Nach ihren heutigen Erzählungen gehörten sie mit zu den angeblich 16 Millionen Widerstandskämpfern der DDR. Aber sie sind es, die den Abstoßungsprozess der Basisgruppen unter dem Deckmantel der jetzigen Demokratie betrieben und umgesetzt haben. Oder pointierter ausgedrückt: Sie brachten das Werk der Polarisierung, Differenzierung und Zersetzung, das von der Stasi begonnen worden war, zu Ende. Die Basisgruppen sind aus der Kirche gedrängt worden.

377

## **Fünf Arbeitsfelder aus meinem Pfarreraltag**

### **(1) Ökoarbeit**

378

1981 kam ich als 2. Pfarrer (Archidiakon) an den Dom St. Marien zu Zwickau. Vorher war ich fast zwölf Jahre in Quesitz bei Leipzig Pfarrer. Der Dom ist eine Zentralkirche mitten in der Stadt. Diese Lage begünstigte die offene Arbeit, und für mich war Mission eine Chance. Jeder durfte kommen und war gern gesehen. Am Dom war der



Jugendliche Michael Paschold hauptamtlich als Küster angestellt. Er besaß eine kircheneigene Wohnung in einem Hinterhaus, in die er öfters Jugendliche einlud und mit ihnen feierte. Sie hörten Musik, spielten zusammen und übernachteten mitunter bei ihm.

Eines Tages hatten sie die Idee, den Hinterhof freundlicher zu gestalten. Die Gedanken wurden in die Tat umgesetzt, die Haustüren wie die Mülltonnen sind mit bunten Blumen bemalt worden. Dann meinte man, die Stadt etwas freundlicher gestalten zu müssen. Die Jugendlichen sind mit Plastesäcken durch die Stadt gezogen und haben das herumliegende Papier und den Unrat eingesammelt und anschließend entsorgt.

Durch Zwickau fließt die Mulde, die als Müllkippe benutzt wurde. Die Jugendlichen zogen Autoreifen, Schrott, Leiterwagen etc. heraus und reinigten sogar ein Stück Uferpromenade. Sie forderten die Stadtverwaltung auf, die Dreckberge zu beseitigen, was auch geschah. In der Weihnachtszeit 1983, als die Hochrüstung in Ost und West auf Hochtouren lief, gingen die Jugendlichen auf den Weihnachtsmarkt. Sie hatten sich mit Bettlaken als Engel gekleidet und schenkten den Besuchern brennende Kerzen als Zeichen des Friedens. Diese Aktion wurde von der Stasi als Vermummungsaktion ausgelegt und untersucht.

Bei einem Kaffee erzählte mir Herr Paschold, dass gestern wieder einmal die Polizei in seiner Wohnung gewesen sei. Er schilderte mir folgenden Hergang: Es klingelte an der Wohnungstür. Beim Öffnen standen zwei Uniformierte davor; einer setzte sofort seinen Fuß zwischen Tür und Schwelle, damit die Tür nicht zugeschlagen werden konnte. Ohne zu fragen drangen sie in die Wohnung ein, durchsuchten alle Räume, kontrollierten die Ausweise der Anwesenden und machten sich entsprechende Notizen. So etwas sei in der letzten Zeit häufig vorgekommen.

Für mich war das ein Zeichen äußerster Gefährdung, die Gruppe und ihr Tun wurden beobachtet. Ich schlug innerkirchlichen Alarm. Ich informierte den Superintendenten Günther Mieth (OV "Geier") und unterrichtete den Kirchenvorstand. Im Kirchenvorstand kamen wir überein, dass der Superintendent einen Brief an die Direktion des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) schreiben sollte, was er auch umgehend tat. Darin wurde klargestellt, dass die Personenfeststellungen in einem privaten Wohnraum ohne Hausdurchsuchungsbefehl erfolgte und dass die Arbeit des Kirchners Gemeindearbeit sei. Die Antwort vom VPKA enthielt die Entschuldigung, die Streifenpolizisten hätten nicht sachgerecht gehandelt. Der Kirchenvorstand hat daraufhin mit Herrn Paschold einen neuen Mietvertrag abgeschlossen. Es wurde festgeschrieben, dass seine Wohnräume auch für die kirchliche Jugendarbeit genutzt werden. Wir haben beobachten können, dass die Polizei keine weiteren Kontrollen durchführte.

Im Frühjahr 1984 wurde Herr Paschold zu den Bausoldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) einberufen und sein Freundeskreis besaß so kein Zuhause mehr. Ich kümmerte mich um die ökologisch Interessierten und lud sie ins Domgemeindehaus ein. Sie nahmen das Angebot an, weil ich schon vorher bei ihnen ein und aus ging. Daraus hat sich ein systematisch arbeitender Ökokreis gebildet. Es stießen weitere Jugendliche von der sozialdiakonischen Arbeit der Stadtmission hinzu, die Diakon Frank Kirschneck (OV „Kreis“) aufgebaut hatte.<sup>2</sup>

380

Der größte Teil nahm auch bei mir am Glaubenskurs teil und ließ sich taufen oder konfirmieren. Sie sahen in der Ökogruppe ein Betätigungsfeld, in dem sie ihr Christsein konkret umsetzen und Verantwortung übernehmen konnten. Jörg Banitz (OV „Kreis“), der später nach dem Ausscheiden und Tod von Herrn Paschold Domkürster wurde, hat den Ökokreis bis Herbst 1989 selbstständig geleitet.

Die Jugendlichen hatten sich zur Aufgabe gestellt, die Bevölkerung auf die schlimmen Umweltprobleme, die totgeschwiegen wurden, aufmerksam zu machen und sie dafür zu sensibilisieren. Aus heutiger Sicht ist es unverständlich, dass es nach den staatlichen Angaben keine Umweltprobleme gab. Es wurden Umweltabende mit Kabarett, Bibel, Verkündigung und Meditation unter dem Thema „Es grünt so grün ... oder nimmt der Dreck die Farbe weg“, organisiert. Die Schauspielerin Ute Ziedrich-Büning und das Musikerehepaar Ronny und Conny Hofmann haben mit ihren Fähigkeiten die Jugendlichen ausgebildet, öffentlich aufzutreten.

2) Kirschneck hat in der Robert-Müller-Straße in einem Abbruchhaus eine Wohnung ausgebaut, die von den Jugendlichen mit ausgestaltet und bemalt wurde. Sie wurde als „Kiste“ bezeichnet. Kirschneck hat eine offene diakonische Jugendarbeit betrieben, die sich um kirchenferne und gefährdete Jugendliche (Arbeitslose, Strafgefangene, Alkoholiker, Aussteiger) kümmerte. Später hat er die Räume unter der Lutherkirche zum sogenannten „Lutherkeller“ umgebaut. Dort wurde eine offene und ansprechende Jugendarbeit möglich. Der Lutherkeller ist zum alternativen Zentrum der Stadt geworden, in dem u. a. auch Stephan Krawczyk zum regelmäßig stattfindenden Liederabend eingeladen wurde. Wenn Jugendliche am Glauben interessiert waren, wurden sie zu mir in den Glaubenskurs am Dom empfohlen.

Das gute Miteinander zwischen Dom und Sozialdiakonie war eine segensreiche Zeit. - Aber diesen Weg hat auch die Stasi benutzt, um IM in die Kirche und in meine Arbeit einzuschleusen z.B. der Schuster Frank Gille als IMB "Christoph Höhne", der Lehrling für Fertigungsmittel im Sachsenring Peter Linsener als IMS "Alex Wirth", der Anlagenfahrer bei der Wismut und Hobbyfunker Josef Miszier als IMS "Horst Kolbe". Im Auftrag der Stasi haben sich die IM taufen oder konfirmieren lassen und später hat mitunter sogar die Stasi die Kirchensteuer bezahlt. Durch die schriftlichen Berichte der

IM ist diese Zeit gut dokumentiert. Ich selber habe kein Tagebuch geschrieben, denn das hätte gefährlich werden können.

381

Das Programm wurde in Zwickau, Schneeberg, Annaberg, Glauchau, Werdau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal und bei kirchlichen Jugendtagen aufgeführt. Dabei wurde u.a. auch ein Erlenmeyer-Glaskolben mit Muldenwasser herumgereicht, aus dem ein stechender Geruch ausströmte, und ein verdorrter Tannenbaum gezeigt, der auf das Waldsterben des Erzgebirges hinwies. Neben den Umweltabenden sind verschiedene Arbeitseinsätze organisiert worden, die über den Rat der Stadt innerhalb des Stadtgebietes stattfanden. Später wurden diese Einsätze fast nur auf dem Kirchengelände oder im Kirchenwald durchgeführt.

Es dauerte nicht lange, bis der Superintendent und ich zum Oberbürgermeister Heiner Fischer ins Rathaus bestellt wurden.<sup>3)</sup> Es wurde mir vorgeworfen, dass ich mich in staatliche Angelegenheiten einmische, da die Umwelt ausschließlich Sache des Staates sei, dass ich Angriffe auf den Sozialismus und den Staat provoziere, dass ich eine illegale Organisation bilde, dass ich das Veranstaltungsgesetz verletze, dass ich die Jugendlichen aufputsche, dass es in der Kirche keine eigenständige Umweltpolitik geben dürfe, dass ich mich ausschließlich um religiöse Dinge zu kümmern hätte und nur auf christliche Bürger Einfluss nehmen dürfe, einen ordentlichen Standpunkt zu erlangen.

Die Folge dieser staatlichen Konfrontation war, dass der Kirchenvorstand beschloss, ab jetzt die Ökogruppe offiziell zu einem festen Bestandteil der Domgemeinde zu machen. Ihr wurde der Namen "Christ und Schöpfung" gegeben. Die wöchentlichen Veranstaltungen sind in den Kirchenboten mit aufgenommen worden, und ich hatte offiziell die Verantwortung zu tragen.

3) Die Gespräche fanden am 4.12.1984 und 28.5.1985 statt; zugegen waren der Stellvertreter des Bürgermeister für Inneres Rolf Stowasser, Stadtrat Dr. Horst Werner (IMS „Gerhard Förster“) und der Referent für Kirchenfragen Günther Zöphel als IME „Ludwig“. Beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt ist mit dem Landeskirchenamt am 18.12.1984 ein ähnliches Gespräch geführt worden, von dem ich erst aus dem Aktenstudium erfuhr. Es war eine konzertierte Aktion.

382

Die Basisgruppe ist bei dieser Entscheidung weder mit einbezogen noch befragt worden, aber sie nahm dankbar an, dass sich der Kirchenvorstand und der Superintendent schützend vor sie stellte. In dieser Situation war der Beschluss richtig. Die Fürsorge- und Obhutspflicht wurde wahrgenommen.

In dieser Zeit entstand auch ein Gesprächskreis von Akademikern, in dem neben ökologischen Problemen auch theologische, ethische, politisch, soziale und psychologische Fragen erörtert wurden. Die Stasi erfasste diesen Kreis in der OPK „Forum“ und versuchte, einen IM einzuschleusen, was jedoch nicht gelang. Die Gemeindegliederin Ute Böhme (OV „Konform“) scharte engagierte Frauen um sich. Daraus entstand eine feministische Frauengruppe, die zielgerichtet die Frauenfeindlichkeit der DDR-Gesellschaft anklagte und neue Lebensformen von Gleichberechtigung anbot. Diese Basisgruppe ist von der Stasi mit IM unterwandert worden.

## (2) Gottesdienst neu erlebt

Die Glaubenskursteilnehmer zeigten nicht nur Interesse für die Ökoarbeit, sondern einige setzten sich für eine Neugestaltung des traditionellen Gottesdienstes ein und brachten ihre Begabungen ein. Sie organisierten, dass an bestimmten Tagen ein "Gottesdienst neu erlebt" in der Domgemeinde stattfand. Besondere Ereignisse oder Gedenktage wurden bewusst unter Gottes Wort gestellt und nicht nur der Gemeinde, sondern der ganzen Bevölkerung angeboten.<sup>4)</sup> Die Einladungen konnten nicht über die Presse gehen, denn das war nicht möglich.

4) Es waren im Schnitt drei bis vier Gottesdienste, die intensiv vorbereitet wurden: beispielsweise 8. März (Internationaler Frauentag), 1. Mai, 8. Mai (Befreiung vom Hitlerfaschismus), 6. August (Abwurf der 1. Atombombe auf Hiroshima), 1. September (Weltfriedenstag), 9. November (Reichskristallnacht), Friedensdekade.

Zu den Christvespern am heiligen Abend, zur Auferstehungsfeier am Ostermorgen, aber auch zu anderen Gottesdiensten haben sich die jungen Christen mit eingebracht. Die Personen, die sich engagierten, sind entweder in den bereits erwähnten OV oder in neu angelegten Vorgängen bearbeitet worden: OV „Kontraste“, „Konzept“ und andere.

383

Da der Dom mitten im Stadtzentrum steht, sind die Fenster zur Plakatierung benutzt worden. Ein Anliegen der Gottesdienste war es, nicht nur Gottes Wort zu verkündigen, zu singen und zu beten, sondern das Gehörte in die Tat umzusetzen und selber aktiv zu werden. Eine Veränderung oder ein Neuanfang sollte nicht von den anderen gefordert werden, sondern konnte zuerst bei sich selber beginnen und zur Nachahmung anregen. Umkehr und Neuanfang wurden nicht als Forderung angesehen.

Erinnert werden soll auch an die innerkirchlichen Schwierigkeiten, die bei den „Gottesdiensten neu erlebt“ über Jahre hinweg bestanden. Am Dom gab es zwei Kirchenmusiker: Kantor und Kirchenmusikdirektor Paul-Eberhard Kreisel und den Organisten Günther Metz.<sup>5)</sup> Beide hatten etwas gegen neue Lieder und andersartige Musik. Die Auseinandersetzungen wurden bis hin zum Landeskirchenamt getragen und als Kompromiss habe ich dann musikalische Elemente in die Verkündigung aufnehmen müssen. Dieses Recht habe ich mir als Pfarrer nicht nehmen lassen. Hervorheben möchte ich den Michaelistag 1986. Es wurde ein Gottesdienst vorbereitet und gestaltet unter dem Thema: „Kinder an die Macht“. Das war der Titel eines Liedes von Herbert Grönemeyer und sollte von der Schallplatte abgespielt werden. Für die Kirchenmusiker war das eine „Konserven“, die nichts im Dom zu suchen hatte. Ich habe dann diesen Titel während der Predigt einspielen lassen.

Im Vorfeld des Gottesdienstes habe ich mich mit der Jugendfürsorgerin Frau Charlotte Liebold und dem Staatsanwalt Herrn Seelinger auseinandergesetzt, um konkrete Informationen über die wirkliche Situation der Problemkinder aus Zwickau zu erhalten. Diese Tatsachen habe ich dann im Gottesdienst bekannt gemacht.

5) Allerdings muss auch gesagt werden, dass der Organist Metz seine Bedenken oft zurückgestellt und die Gottesdienste mit seinen einmaligen und unvergesslichen Orgelimprovisationen bereichert hat.

384

Als besondere Aktion sind im Gottesdienst Pakete und Päckchen gepackt worden, die an Kinder in Kinderheimen geschickt wurden. Elemente dieses Gottesdienstes sollten auch zum Nationalfeiertag der DDR am 7. Oktober, an dem der Dom für die Bevölkerung geöffnet war, eingebracht werden.

Einen Tag vor dem Nationalfeiertag wurden der Superintendent und ich zu einem Disziplinierungsgespräch zum Oberbürgermeister geladen. Er stellte fest, dass der Gottesdienst <Kinder an die Macht> ein Angriff auf den sozialistischen Staat sei und dass das sozialistische Gesundheitswesen und die Sozialpolitik der DDR verleumdet worden wären. Ich hätte u.a. gesagt, dass in Zwickau jährlich zwischen 600 bis 800 Schwangerschaften legal unterbrochen würden, was Mord an wehrlosen Menschen sei, dass das jüngste geschlechtskranke Kind neun Monate alt sei und das sei geschehen, weil der leibliche Vater, der geschlechtskrank war, sich an ihm vergangen habe, dass ein Kind ans Bett gefesselt worden sei, während sich die Eltern vergnügten.

Er sagte, hier liege eine Einmischung in staatliche Angelegenheiten und eine Diffamierung der Staatsorgane vor; ich würde strafbare Handlungen und Verbrechen,

die einer Anzeigepflicht unterlägen, decken. Ich spräche nicht die Wahrheit, weil das alles nicht geschehen sei, und ich sei der einzige Zwickauer Pfarrer, der das gute Verhältnis von Staat und Kirche störe. Er werde als Bürgermeister das Landeskirchenamt bitten, meine Versetzung zu veranlassen.

Der Superintendent wies sofort die Anschuldigungen zurück und schrieb später noch einen Brief, in dem er betonte, dass die öffentliche Verkündung auch auf gesellschaftliche Prozesse einzugehen habe, dass die negativen Beispiele den Staatsorganen bekannt seien, und erinnerte daran, dass ich als Pfarrer einer seelsorgerlichen Schweigepflicht unterliege und keine vertraulichen Informationen weiterzugeben habe.

385

Im Anschluss sind die staatlichen Anschuldigungen im Vorbereitungsteam diskutiert und ausgewertet worden. Wir kamen überein, bestimmte Elemente am 7. Oktober wegzulassen und nur ein Miniprogramm anzubieten. Das war ein Erfolg des Gespräches.

Im Herbst führte der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mit dem Landeskirchenamt Gespräche, die meinen Weggang aus Zwickau zum Inhalt hatten. Daraufhin sind mit mir vier Kadergespräche geführt worden, die das Ziel hatten, mich zu bewegen, die Domgemeinde zu verlassen. Mir ist freundlich und verbindlich gesagt worden, dass meine Fähigkeiten und Begabungen in einer anderen Gemeinde besser zur Entfaltung kommen könnten und dass ich in Zwickau fehl am Platze sei. Ich sollte weggelobt werden. Für mich war das Abwerben wie Honig ums Maul schmieren. Als sachlicher Grund wurde angegeben, dass ich als Pfarrer zuviel am Dom sei, obwohl im Herbst 1986 erst die dritte Pfarrstelle durch Pfarrer Rudolf Hübler neu besetzt worden war.<sup>6</sup>

### **(3) Amnestie-Arbeit**

Sie begann im Herbst 1987, als eine allgemeine Amnestie zum 38. Jahrestag der DDR erfolgte. Diese war die größte seit der Gründung der Republik und führte bis zum 12. Dezember 1987 zur Entlassung von insgesamt 24.621 Personen aus den Gefängnissen.<sup>7)</sup> In der DDR waren der Strafvollzug und die Eingliederung der entlassenen Straftäter Tabuthemen. Als Pfarrer konnte ich von diesem gesellschaftlichen Problem wegsehen und die Nöte der Haftentlassenen über-

6) In den Akten ist sogar zu lesen, Hüblers "Einsatz in der Domgemeinde sei vom Landeskirchenamt auch unter dem Gesichtspunkt des <Wirkens> von Pfarrer Dr. Käbisch erfolgt". So Aktennotiz vom 8.10.1987 über ein Gespräch zwischen Hübler und Kirchenreferent Zöphel (IME „Ludwig“); BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 1523/74, Bd. 11/5, Bl. 20.

gehen, denn das gehörte nicht zu meinen Pflichten. Aber ich bin auf diese Menschen zugegangen. Die Aussage Jesu, die ich damals in einer Predigt für die Partnergemeinde aus Bad Bramstedt auslegte, hat mich nicht zur Ruhe kommen lassen: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Da spricht Jesus konkret aus: „Ich bin gefangen gewesen und ihr seid zu mir gekommen“ (Matthäus 25,31 ff).

Fünf Zwickauer waren es, die die bevorstehende Amnestie als eine Herausforderung für die Kirche ansahen: Frank Kirschneck, Günter Kreuzel (OV „Kontraste“), Ursula Nike, Hans Bahr (IMB „Uwe Schaarschwert“) und ich.<sup>8</sup>

Wir wollten nach all unseren Kräften und Möglichkeiten den Amnestierten Hilfe anbieten. Das erste Mal trafen wir uns am 29. September in den Räumen der Inneren Mission. Wir stellten rasch fest, dass keiner eine Ausbildung, entsprechende Sachkenntnis noch Erfahrung hatte. Keiner war im Besitz entsprechender Gesetze und Rechtsvorschriften. Für diese Arbeit standen uns auch keine Fachbücher zur Verfügung. Ebenso fehlte es an Geldern, aber wir erhielten Unterstützung vom Superintendenten und vom Leiter der Stadtmission Christian Albrecht (OV „Harmonie“).

Es war der Wille, der uns zusammenführte und -hielt, für diese Menschen da zu sein, ihnen beizustehen und sie in den Alltag zurückzuführen. Sie sollten spüren, hier in Zwickau leben Christen, die Verständnis für alle Nöte aufbringen und die den schwierigen Weg der Eingliederung mitgehen.

<sup>8</sup> Kirschneck brachte auf Grund seiner Ausbildung und als Arbeiter im Sozialbereich die meiste Erfahrung mit. Kreuzel war Pfarrer der Herrnhuter Gemeinde, Frau Nike Sozialbetreuer der Inneren Mission. Der Kraftfahrer Hans Bahr hatte ca. 10 Jahre selbst im Gefängnis gesessen und kannte damit die Gefängniswelt von innen und die Schwierigkeit nach der Entlassung. Kurzzeitig war auch der Haftentlassene Hans-Herbert Kühl dabei; Pfarrer Johannes Schubert stieß später zur Amnestiegruppe hinzu und engagierte sich.

Wir haben uns auch juristischen Beistand geholt. Kirchenamtsrat Andreas Richter (OV "Berater") hat uns mit seinem juristischen Wissen unterstützt. Ich persönlich habe von ihm als Laie sehr viel gelernt, z.B. dass man entsprechendes Fingerspitzengefühl

aufbringen muss, wie man einerseits die bestehenden Gesetze einhält und andererseits die entsprechenden Freiräume – „Schlupflöcher“ – ausschöpft. Er verglich das Gesetz mit einem Sieb: Je feinmaschiger es wird, umso mehr Löcher sind in ihm. So hat er uns die DDR-Gesetze erläutert und dabei immer wieder Hoffnung gemacht, die Schlupflöcher zu nutzen. Ebenso gehörte zum Rechtsbeistand die Zwickauer Rechtsanwältin Ruth Knoll, die für uns eine kostenlose Beratung durchführte und gangbare Wege aufzeigte. Mit ihr konnte ich so manchen Fall durchsprechen.

Ab Oktober erhielten politische Gefangene, Straftäter und Asoziale mit der Amnestie die Chance, ein neues Leben zu beginnen. Aber sie waren darauf nicht vorbereitet und mitunter nach mehrjähriger Haft psychisch unfähig, Dinge des normalen Alltages zu meistern. Dazu kam noch, dass ihnen eine soziale Kälte entgegen schlug. Keiner wollte sie haben. Sie waren stigmatisiert, denn sie passten nicht in das Menschenbild des real existierenden Sozialismus. Sie mussten Auflagen erfüllen, die kaum zu schaffen waren.<sup>9)</sup> Mein Eindruck war, dass eine Art Hexenjagd getrieben wurde, um sie schnell wieder hinter Gitter zu bringen.

9) Die Amnestierten erhielten zwar möblierten Wohnraum, der sich oft in einem katastrophalen Zustand befand, ebenso wurde ihnen eine Arbeitsstelle zugewiesen. Sie unterlagen jedoch strengsten Kontrollmaßnahmen: ihnen wurde ein staatliche Betreuer zugeteilt; sie mussten sich stets bei der Polizei melden; sie waren mit ihrem besonderen Personalausweis PM 12 jederzeit erkennbar; sie durften mitunter den Wohnort nicht verlassen; sie mussten regelmäßig arbeiten etc. Wer gegen die Auflagen verstieß, beging eine Straftat, wurde erneut verurteilt und oft mit einer höheren Haftstrafe wieder weggesteckt.

388

Die Amnestiegruppe hat etwa 40 Leute betreut und teilweise unter großer Anstrengung begleitet. Wir haben uns als Gesprächspartner angeboten, Vertrauen aufgebaut, konkrete Hilfe geleistet und Behördenängste genommen. Wir haben uns als Fürsprecher eingesetzt, neue Familienbande geknüpft oder sogar Familienanschluss für die Betroffenen gefunden. Wir gingen gemeinsam zu den Ämtern, in die Betriebe und zur Polizei. Wir halfen bei der Beschaffung von Kleidung, Möbeln und Kohlen. Wir renovierten die Wohnungen, verwalteten das Geld, schrieben versöhnliche Briefe an Familienangehörige und Schuldner.

Zu denen, die wieder ins Gefängnis einfuhren, ist der Kontakt aufrechterhalten worden. Es wurden Briefe geschrieben und Päckchen gepackt. Es wurden Verbindungen zu den Gefängnispfarrern hergestellt, Besuchserlaubnisse beantragt und bei Genehmigung Besuche durchgeführt. So bin ich als Besucher in die verschiedensten Strafvollzugsanstalten der DDR gekommen. Über Superintendent Mieth haben wir uns auch bemüht, einen Erfahrungsaustausch oder Sachgespräche mit den staatlichen Stellen zwecks Wiedereingliederung<sup>10</sup> zu führen. Diesem Anliegen ist nicht entsprochen worden.

Diese Betreuung, Beratung und Unterstützung kostete Geld. Im Haushaltsplan der



Domgemeinde war dafür kein Posten vorgesehen, und die Seelsorgekasse hat nicht ausgereicht. Der Bäckermeister und Konditor Dr. Bernd Engelmann hat für diese Amnestiearbeit stets ein offenes Ohr gehabt und sie finanziell unterstützt. Ohne viel Worte brauchte ich nur eine Summe zu nennen, und er hat ohne Spendenquittung den Betrag zur Verfügung gestellt. Er stellte nur die Bedingung, dass ich niemanden davon etwas erzähle.<sup>11</sup>

10) An diese Stelle wandte ich mich immer als Seelsorger der Haftentlassenen. Die Vorsitzende der „Wiedereingliederung“ war Frau Christa Schiffner, die für die Abteilung I der Kriminalpolizei „positiv“ erfasst war (die Akten der Kleinfläche I sind im Bezirk Karl-Marx-Stadt fast vollständig vernichtet worden); weitere Mitarbeiter der Wiedereingliederung waren u. a. Jürgen Willig (IMS „Erich Siebers“) und Klaus-Dieter Barner (IMS Bernd Günther“).

11) Herr Engelmann hat mir erlaubt, jetzt seinen Namen zu nennen.

389

Einen Härtefall möchte ich erwähnen, dessen Familie von ihm besonders unterstützt wurde. Der Fensterputzer Uwe Ki. (OV "Fenster") wurde wegen politischer Witze zu einer 18-monatigen Haftstrafe, von der er über ein Jahr absitzen musste, verurteilt. Seine Frau, konnte nicht arbeiten gehen; sie hatte zwei Kinder, ihr jüngster Sohn war todkrank. Sie hatte nur das Nötigste zum Leben. Für die Frau war es nicht nur der finanzielle Betrag, der weiterhalf, sondern das Gefühl und die Gewissheit, dass ihre Not gesehen wird und Leute an sie denken. Diese symbolische Handlung gibt Kraft, Mut und Energie zum Aus- und Durchhalten.

Durch die Amnestiearbeit ist es gelungen, z.B. Frau Marita P. aus dem Cottbuser Gefängnis zu holen. Sie hat mehrere Wochen in unserer Wohnung in einer Art Asyl gelebt. Ihr Aufenthalt ist den staatlichen Organen gemeldet worden, und sie wurde nicht abgeholt. Dietmar W. konnte durch Kassation frei kommen. Bei der Abfassung der Kassationsschrift hat Frau Knoll mitgeholfen. Heute leben beide in Freiheit, wurden nicht wieder straffällig und zu ihnen bestehen immer noch Kontakte. Ebenso ist Jörg F., der mehrere Jahre in Waldheim auch in der dortigen Psychiatrie zubringen musste, betreut worden. Er wurde oft monatelang in Einzelhaft oder in die Isolierzelle weggesteckt.<sup>12</sup>

Neben dieser intensiven Arbeit mit den Strafgefangenen sind 1988 zwei <Gottesdienste neu erlebt> zum Thema "Entlassen und wie weiter" ausgestaltet und für die Bevölkerung angeboten worden. Dabei spielte auch das Symbol der brennenden Kerze hinter dem Stacheldraht eine Rolle.

12) Für Frau P. hat sich Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, der in den Stasi-Akten als IM „Sekretär“ geführt wird, eingesetzt, da sie aus Cottbus stammte. Ich habe nur einmal mit Stolpe telefoniert und ihm in groben Zügen den Fall geschildert, am nächsten Tag stand fest, dass sie nicht wieder ins Gefängnis gehen musste.

Es war die Zeit, als viele Verhaftungen von Antragstellern auf Ausreise erfolgten. Mit den Angehörigen ist vorher abgesprochen worden, dass ihre konkreten Einzelschicksale erwähnt werden durften und die Namen öffentlich auf die Fürbittenliste gesetzt wurden. Es wurden auch Adressen von Inhaftierten bekannt gegeben, um diesen Strafgefangenen zu schreiben oder Pakete zu schicken. Ebenfalls sind Informationsblätter der DDR-Strafgesetzgebung mit konkreten Handlungshinweisen erarbeitet und vervielfältigt worden. Die Kollekte war für die Arbeit der Amnestiegruppe bestimmt. Die Staatsorgane haben die Namen aus der Fürbittenliste registriert- und entschieden, die politischen Fälle zu prüfen und die kriminellen unberücksichtigt zu lassen.<sup>13)</sup>

#### **(4) A-Leute in den A-Gottesdiensten**

Der Buchstabe "A" steht für Ausreise. Es waren ungefähr 3,5 Millionen Bürger, die in 40 Jahren der DDR den Rücken gekehrt und den Staat verlassen haben.<sup>14)</sup> Heute ist es sehr schwer, die Not und Diskriminierung nachzuvollziehen, die jene mit diesem Entschluss über sich ergehen lassen mussten. Mit dem Antrag auf Ausreise gerieten sie zunehmend in Isolation. Sie wurden manchmal von den eigenen Familienangehörigen gemieden und die Behörden behandelten sie wie Aussätzige. Sie waren gesellschaftlich stigmatisiert. Sie haben sich teilweise selbst und bewusst bis in die Asozialität treiben lassen, weil sie damit zum Ausdruck bringen wollten, dass sie nichts mehr für den sozialistischen Staat übrig hatten. Die Asozialität sahen sie als Druckmittel an, um die Aberkennung der Staatsbürgerschaft zu beschleunigen.

13) Vgl. Partei-Information 416/88; BStU ASt Chemnitz, AKG 306, Bd. 1, Bl. 198 ff.

14) Die Abwanderungsbewegung ist bis heute nicht gestoppt. In den letzten zehn Jahren haben ca. 1,5 Millionen Einwohner die neuen Bundesländer verlassen und sind in die alten Bundesländer übersiedelt.

So sind menschliche Härtefälle – besonders nach Verhaftungen – entstanden. Zum Beispiel konnten allein zwei harmlose Zeichen zu Schikanen oder Gefängnisstrafen führen. „A-Leute“ brachten in der Hutablage ein großes „A“ an oder klebten es an die Heckscheibe ihres Autos. Das verriet, dass sie den Ausreisantrag gestellt hatten. Oder sie banden an die Antennenspitze ihres Autos ein schwarzes oder weißes Bändchen als Zeichen dafür, ihr Antrag sei abgelehnt oder bewilligt. Das waren Sichtelemente, die in

der Öffentlichkeit verboten waren. Das Anbringen dieser Symbole, besonders wenn sie nach Aufforderung nicht entfernt wurden, konnte mit Haftstrafe geahndet werden.

Seit Februar 1988 kamen vier Antragsteller zum Sonntagabendgottesdienst in den Dom.<sup>15)</sup> Keiner hatte sie gerufen. Sie waren einfach da und luden von sich aus andere ein. Aus den vier Leuten wurden immer mehr, bis es dann im Sommer etwa 400 Gottesdienstbesucher waren. Es sprach sich herum, dass der Dom ein legaler Ort der Begegnung war, an dem man sich treffen, aufhalten und austauschen konnte. Es gab neueste Informationen. Sie kamen von weit her gereist. Das kirchliche Gebäude bot das schützende Dach, weil woanders eine Ansammlung von mehreren Personen bereits als stumme Demonstration verfolgt und bestraft wurde. Der Gottesdienst musste sich auf die Not dieser A-Leute einstellen. Ich habe mich für eine situativ-missionarische Verkündigung eingesetzt. Für mich war mit dem Amen der Gottesdienst nicht zu Ende, sondern ich bemühte mich, selbst das Verkündigte zu leben. Mein Engagement für die Betreuung der A-Leute führte erneut zu starken innerkirchlichen Auseinandersetzungen und Spannungen.

15) Es waren die Ehepaare Roland und Petra Safert und Reinhard und Karin Tschentscher. Zu den herkömmlichen Abendgottesdiensten um 18.00 Uhr kamen im Schnitt ein bis zwanzig Besucher; manchmal fiel er auch aus, weil keiner kam.

392

Der Pfarramtsleiter und die Mehrheit des Kirchenvorstandes vertraten die Meinung, diesen Gottesdienst absetzen zu müssen und die A-Leute des Domes zu verweisen, weil der größte Teil von ihnen keine Christen seien. Sie würden die Veranstaltung benutzen, um damit ihre Ausreise zu beschleunigen. Das sei eine Provokation und würde das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche belasten. Die A-Leute hätten mit ihrem Antrag selbst das Recht verspielt, kirchlichen Beistand und Unterstützung zu erhalten. Wenn man sich um sie kümmere und auf ihrer Seite stünde, wäre dies kirchenschädigend. Der "Missbrauch der Kirche" sollte verhindert werden. Damals ahnte ich nicht, dass diese Meinung vom Staat und der Stasi gefördert wurde. Es war für mich unverständlich, dass gerade diesen Menschen in ihren Nöten das Evangelium nicht verkündigt werden sollte. Superintendent Mieth unterstützte meine theologische Position.

Ich setzte mich dafür ein, dass dieser wöchentliche Gottesdienst ökumenisch eingebunden und von einem Team verantwortet wurde. Es fanden Besprechungen statt, bei denen wir die sich stets verändernde Situation erörterten. So wurde der jeweils letzte Gottesdienst ausgewertet und der nächste geplant. Wir legten fest, dass der jeweilige Prediger den Gottesdienst zu verantworten hatte. Neben den drei Dompfarrern wurden der methodistische Superintendent Friedmar Walther (IMB „Waldemar“), der katholische Dekan Horst Hoffmann (OV „Dekan“), der Synodale Hans-Jörg Weigel (OV „Spaten II“) vom Königswalder Friedensseminar und andere

Pfarrer aus Zwickau und Umgebung eingeladen. Sie schickten zum Teil Vertreter. Wir ließen uns von dem amtierenden Kirchenamtsrat Richter und dem Rechtsanwalt Jürgen Meyer (IMB „Conradt“) aus Limbach-Oberfrohna juristisch beraten.

393

Es wurden für die A-Leute Nachgespräche, Seelsorge, Beratung, Gemeindetreue, Glaubenskurs und Arbeitseinsätze angeboten. Wir Pfarrer verwiesen immer wieder darauf, dass sie sich nicht nur auf den Dom konzentrieren sollten, sondern in die eigenen Heimatgemeinden gehen möchten, was aber selten beherzigt wurde. Während des Gottesdienstes sind öfters Gebete auf Zettel geschrieben worden, die an ein Holzkreuz mitten im Dom geheftet wurden. Das war mehr als ein symbolischer Akt. Es wurde daran erinnert, dass derjenige, der in der DDR etwas verändern will, hier bleiben muss. Aber auch die Haltung, die DDR zu verlassen, wurde akzeptiert, denn das gehört zur freien Entscheidung eines jeden Einzelnen. Die Mahnung wurde oft ausgesprochen: Nicht unbedacht zu handeln und keine anstößigen Aktionen zu starten. Der Staat versteht keinen Spaß! Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Nur in Freiheit kann etwas bewegt werden.

Wir hatten den Eindruck, die staatlichen Organe seien froh, dass die A-Leute in der Kirche ein Ventil für ihren Unmut fanden und wir als Kirche korrigierend auf sie einwirken konnten. Auf uns Pfarrer wurde gehört. Es drohten keine stummen Demonstrationen. Alles was geschah, war öffentlich und wurde auch im Gottesdienst angesagt. Die große Konzentration von A-Leuten ist geduldet worden. Es gab keine Übergriffe oder Verhaftungen, aber die Stasi hat alles observieren lassen. Wir haben davon nichts gemerkt.

In die Seelsorge kamen sehr viele, und ich war fast ausschließlich der Ansprechpartner. So entstand ein Vertrauensverhältnis. Die Ratsuchenden haben ehrlich ihre bisherigen Schritte preisgegeben. Die Anschriften der Rechtsanwälte Barbara von der Schulenburg, Jürgen Stang und Wolfgang Vogel wurden weitergegeben. Ein Kurierdienst nach dem Westen bildete sich heraus. Namen von juristischen, medizinischen und psychologischen Helfern wurden mitgeteilt. Auch die Besuche in der Nikolaikirche in Leipzig und der Zionskirche in Berlin wurden besprochen und anschließend öffentlich ausgewertet. Man war um Solidarisierung und Öffentlichkeit bemüht.

394

Ohne Zustimmung der Hilfesuchenden habe ich nichts unternommen. Es war wichtig, Namen, Adressen, exakte Fakten und Einzelheiten zu besitzen, wenn es Härtefälle gab oder wenn Verhaftungen erfolgten. Ich fertigte mir darüber Notizen an und ließ sie Superintendent Mieth zukommen, denn er hatte eine Verbindung zum Zwickauer Rechtsanwalt Dr. Peter Wetzig (IMS „Sascha“ oder „Dr. Peters“)<sup>16</sup>) knüpfen können. Er durfte die entsprechenden Härtefälle dort vorlegen. Nach einer gewissen Zeit

konnten wir mit Erleichterung registrieren, dass dieser Weg von Erfolg gekrönt war und die Antragsteller zügig ausreisen konnten. Das sprach sich natürlich herum und andere A-Leute drängten, auf diese Liste der Härtefälle zu kommen.

Aber auch die Stasi hat über die Seelsorge IM eingeschleust, um Informationen zu sammeln und die kirchlichen Verbindungen auszukundschaften.<sup>17)</sup> Für meine persönliche Sicherheit suchte ich mir drei Vertrauensleute aus, die keine Pfarrer waren. Ich habe ihnen eine Liste von Adressen aus dem Westen und dem Osten anvertraut. Die Drei erklärten sich bereit, falls mir etwas passieren sollte, die Adressaten über meinen Verbleib zu informieren. Sie wollten dann an die Öffentlichkeit gehen. Öffentlichkeit war ein Schutz.

16) Wetzig war eine Art Unterhändler für den Rechtsanwalt Professor Vogel aus Berlin. Wetzig hat alle Dom-Fälle der Stasi vorgelegt, denn über ihren Tisch lief die Bearbeitung. Sogar die Gesprächskonzeptionen zwischen Mieth und Wetzig sind von der Stasi erarbeitet worden. Vgl. Partei-Information 416/88 (BStU, ASt Chemnitz, AKG 306, Bd. 1, Bl. 108 ff.) und Partei-Information 608a/88 (AKG 321, Bl. 129 f.). In einem Gespräch erzählte mir Wetzig sogar, dass er sich mit Mieth auch in der Tschechoslowakei wegen dieser Härtefälle getroffen habe.

17) Michael Wagner als IMB „Frank Müller“ sollte den Auftrag erhalten, auf Geheiß der Stasi einen Ausreiseantrag zu stellen. Er hat sich mit seiner Familie von mir taufen bzw. konfirmieren lassen. Vgl. BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 3154/79, Bd. I/1, Bl. 268 f.

395

Am 21. Juli 1988 sind Superintendent Mieth und ich ins Landeskirchenamt nach Dresden zitiert worden. Für mich war das kein Gespräch, sondern eine Disziplinierung. Mir wurde vorgeworfen, dass meine Predigten bei den A-Gottesdiensten bei staatlichen Stellen Anstoß erregt hätten. Das sei dem Landeskirchenamt im letzten Gespräch mit den Staatsorganen auf dem Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mitgeteilt worden. Es wurden Predigtauszüge vorgelesen. Mir ist gesagt worden, dass ich die legitime Ebene der christlichen Verkündigung verlassen und fragwürdige sowie staatskritische Äußerungen getan hätte.

Das Landeskirchenamt könne sich nicht erklären, weshalb ich mich der Not dieser Menschen annehme. Ich würde wohl an mangelnder Selbstbestätigung leiden. Deshalb betriebe ich diese Arbeit. Ich sei ein Mensch, der gern den Löwen in den Schwanz zwicke. Die staatliche Seite habe der Kirche angeboten, bestimmte Anträge auf Übersiedlung zu prüfen. Das sei ein Entgegenkommen des Staates. Für das Landeskirchenamt waren das vernünftige Töne, zumal Superintendent Mieth diese Anträge vorlegen durfte. Das war ein wohlwollendes Angebot. Der entstandene Gesprächsfaden sollte nicht durchschnitten werden. Deshalb wurde ich ermahnt, künftig keine politischen Ansprachen zu halten und mich bei der Arbeit mit den A-Leuten zurückzunehmen. Ich sollte den dringenden Wunsch der Kirche aussprechen,

die Leute zum Bleiben in der DDR aufzufordern.

Was ich zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnte: eine Phase neuartiger Kirchenbearbeitung war angelaufen. Die Stasi hatte eine Methode entwickelt, die eigenen Kirchenleute gegeneinander aufzubringen und sich wechselseitig auszuschalten. Dabei ging es nicht grobschlächtig zu, sondern feinfühlig, grazil und sanft — unter Anwendung neuester Erkenntnisse der Psychologie der Menschenführung.

Gewöhnlich ist über IM herausgefunden worden, an welchen Stellen auch die integeren Menschen ansprechbar, beeinflussbar und verletzbar waren. So konnte die operative Bearbeitung auf die konkrete Person zugeschnitten und immer wieder aktualisiert werden. Es wurden IM, die Vertrauen oder Einfluss besaßen, eingesetzt. Sie waren geschult, wie solch eine Beeinflussung auszusehen hatte. Sie verstärkten eigene Gedanken und Empfindungen oder dämmten diese ein. Entscheidungen und Handlungen wurden herbeigeführt, von denen man meinte, sie wären von einem selbst gekommen. So wurde Einfluss ausgeübt und auf Entscheidung gedrängt. Diese Vorgehensweise ist schwer zu beweisen.

Man kann daran auch kein juristisches Vergehen oder gar eine Straftat feststellen, sondern hier wurden menschliche Werte und christliche Prinzipien unterlaufen. Der Gedanke, dabei etwas Gutes zu tun, ist verinnerlicht worden und wirkte nach. Das gehört mit zu den Langzeitschäden der Stasi wie die Folgen der Polarisierung, Differenzierung und Zersetzung. Wer ein moralisches Empfinden besitzt und eine christliche Sensibilität bewahrt hat, der sieht die Unlauterkeit dieses Geschehens. Das war Verrat. Dieses Verhalten vergiftete das Miteinander und zerstörte Vertrauen.

396

#

## 5 Erinnerungsskizze bis zum 1. Friedensgebet am 16. Oktober 1989 im Dom

396

Montag, 9. Oktober

An diesem Tag durfte ich mit in der Nikolaikirche Leipzig sein und das historische Friedensgebet um 17.00 Uhr mit der anschließenden friedlichen Demonstration miterleben. Schon als ich mit meinem Trabi gegen 14.00 Uhr in die Stadt hineinfuhr, spürte ich, dass Gewalt in der Luft lag. Überall standen NVA-Soldaten, Polizisten mit Schild, Kampfgruppen, Hundestaffeln, Wasserwerfern und Mannschaftswagen zum Abtransport von Verhafteten. Die Uniformierten waren für den Einsatz zur Auflösung

der „feindlich-negativen Kräfte“ gerüstet und warteten auf den Befehl.

Ich konnte ungehindert zur Nikolaikirche gelangen. Am Kirchturm hing ein Plakat: "Leute, keine sinnlose Gewalt, reißt euch zusammen, lasst die Steine liegen." Am Fenstergitter hingen Blumen zum Gedenken an die Verhafteten und Verletzten früherer Demonstrationen. Dieses Symbol sprach in der angespannten Situation für sich. Man hat sich daran gehalten. Gewaltfrei war dieser Tag und der ganze Herbst 1989. Deshalb sei allen Verantwortlichen und Akteuren Lob und Dank!

Die Kirche war voll besetzt und wegen Überfüllung geschlossen. Es waren größtenteils vom Staat geschickte Leute, die zwei bis drei Stunden geduldig ausharrten. Mit Pfarrer Christian Führer (OV „Igel“) war abgesprochen, dass ich über eine Seitentür hineinkam. Während des Friedensgebetes merkte ich, dass um die Kirche herum eine große Menge Menschen stand und auf das Ende des Friedensgebetes wartete. Die Rufe sind mir unvergesslich: „Gorbi, Gorbi“; „Wir bleiben hier“; „Keine Gewalt“; „Schließt euch an“; „Neues Forum zulassen“; „Wir sind das Volk“; „Freiheit“ ... Man hörte auch den Aufruf der Sechs über den Stadtfunk.

Nach dem Friedensgebet formierte sich auf dem Karl-Marx-Platz der Demonstrationzug um den Leipziger Ring. Es war ein beglückendes Gefühl, schweigend und innerlich erregt am Runden Eck vorbeizuziehen. Dort standen die Soldaten aufgereiht mit Helm, Schild und Schlagstöcken, um das Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung zu schützen. Nichts passierte. Von beiden Seiten erfolgten keine Übergriffe. Erleichterung trat bei allen ein, als das neue Rathaus erreicht war und die Straßenbahn mit ihren Bimmelgeräuschen vorbeifuhr. Aus der Bahn winkten jubelnde Fahrgäste. - Ich will nicht verheimlichen, dass bei mir die Angst dominierte. Ich habe immer darauf geachtet, schnell fliehen zu können, wenn die Sicherheitsorgane zuschlagen sollten. Ich wollte keinen Schlagstock über den Kopf bekommen.<sup>18</sup>

398

## **Dienstag, 10. Oktober**

In der überfüllten Friedensbibliothek Zwickau berichtete ich von den friedlichen Leipziger Ereignissen. Sie war eine Einrichtung des Konziliaren Prozesses<sup>19</sup>) in der Ossietzkystraße. Nach meinem Augenzeugenbericht wurde beschlossen, synchron zu dem Leipziger Friedensgebet ein ähnliches in Zwickau durchzuführen, um so Solidarität auszudrücken, die Leipziger Situation zu entlasten und eigene Akzente zu setzen. Dafür bildete sich ein Vorbereitungsteam mit Pfarrer Thomas Storl (OV „Kammer II“) und Uwe Wendt (OV „Gehilfe“), der Puppenspielerin Susanne Trauer (OV „Konzept“), der Gemeindegliederin Ulrike Dressel-Backofen (OV „Konfrontation“), dem Dirk Schö. Maja Berger aus Dresden und mir.

An diesem Abend beschlossen wir, uns am Freitag in der Wohnung von Pfarrer Storl zu treffen, um das Friedensgebet für den kommenden Montag vorzubereiten. Bis dahin sollte in Erfahrung gebracht werden, in welcher Kirche von Zwickau dieses Friedensgebet stattfinden könnte. Gedacht war an den zentral gelegenen Dom. Wir machten aus, ständig in telefonischer Verbindung zu bleiben, um über die wechselnde Situation informiert zu sein.

18) Im Frühjahr 1989 bin ich zweimal am Kopf wegen eines subduralen Hämatoms operiert worden und war zu diesem Zeitpunkt immer noch krank geschrieben.

19) Erwin Killat begann im September 1987 die einzelnen alternativen Basisgruppen in Zwickau zu sammeln und führte sie im Konziliaren Prozess zusammen. Ein Jahr später, am 1. September 1988, wurde die Friedensbibliothek im Gemeindesaal der evangelischen Kirchgemeinde Neuplanitz eröffnet.

399

### **Mittwoch, 11. Oktober**

Pfarrer Storl brachte in Erfahrung, dass der Kirchenvorstand des Doms am kommenden Freitag tagen werde. Bis dahin sollte er dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, Pfarrer Hübler, den Antrag auf Genehmigung und die Konzeption des Friedensgebetes vorlegen. Da offen war, ob der Kirchenvorstand dem Anliegen zustimmen würde, sprach Pfarrer Storl mit den Pfarrern der Paulusgemeinde. Sie erteilten sofort eine Zusage, da sie bereits montags um 18.00 Uhr eine Andacht angesetzt hatten. Pfarrer Storl kam mit den Paulusparrern überein, dass, falls im Dom kein Friedensgebet stattfinden dürfe, man es um 18.00 Uhr in der Pauluskirche abhalte werde.<sup>20)</sup>

Nach dem Mittagsgebet um 13.00 Uhr befestigten Susanne Trauer und ich einen Aushang an einem Fenstergitter des Domes: "Freiheit für die Inhaftierten". An Blumensträußen, die wir ans Plakat banden, hingen kleine Zettel mit Bibelsprüchen. Sie erinnerten an die Verletzten und Verhafteten bei den letzten Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Plauen.

### **Donnerstag, 12. Oktober**

Ich ging ins Rathaus und sprach beim Stellvertreter des Bürgermeisters und Vorsitzenden der Abteilung Inneres, Rolf Stowasser, vor. Ich berichtete ihm von der explosiven Situation in der Bevölkerung und schlug vor, mich für einen Dialog zwischen der Zwickauer Stadtführung und dem Konziliaren Prozess einzusetzen. Herr Stowasser lehnte jedoch dieses Ansinnen ab. Am nächsten Tag sei bereits ein kurzfristig anberaumtes Gespräch mit Oberbürgermeister Fischer, das von den beiden Super-



intendenten Mieth und Walther sowie von Dekan Hoffmann gewünscht wurde, geplant. Die Basisgruppen und die Bevölkerung erfuhren davon, als der Bericht von der Begegnung am Sonnabend in der Zeitung „Freie Presse“ stand.

20) In der Paulusgemeinde wirkten die Pfarrer Wolfgang Banert und Jochen Zimmermann. Banerts Motto war: „**Wir haben die Not des Volkes. Es muss gebetet werden, dass es im Himmel klingelt.**“

400

## Freitag, 13. Oktober

Am Vormittag kam das Vorbereitungsteam für das Friedensgebet in der Wohnung von Pfarrer Storl, Domhof 9, zusammen. Da jeder Erfahrungen mit Gottesdiensten und Friedensandachten hatte, war der Ablaufplan und die Verantwortlichkeiten rasch festgelegt. Gewählt wurde das Thema „Gewalt und Gewaltlosigkeit“ und als Ort der Dom favorisiert. Um 17.00 Uhr sollte das Friedensgebet sein. Falls der Kirchenvorstand des Doms keine Zustimmung erteilte, sollte für 18.00 Uhr nach Paulus eingeladen werden.

Pfarrer Storl bemühte sich nach 12.00 Uhr zweimal telefonisch, mit Pfarrer Hübler über das Ergebnis des Vorbereitungsteams zu reden. Pfarrer Hübler war jedoch nicht bereit, ihn anzuhören und legte den Hörer auf. Das Team ging auseinander. Ich versprach zu versuchen, das Anliegen des Konziliaren Prozesses vor den Kirchenvorstand zu bringen, einen Organisten für das Orgelspiel zu gewinnen und entsprechende Tontechnik zu organisieren. Jeder sollte auf seine Weise das Ergebnis des Vorbereitungsteams weitersagen: Am Montag treffen wir uns 17.00 Uhr vor dem Dom. Falls er geöffnet wird, findet das Friedensgebet dort statt. Sonst werden wir zu der drei Kilometer entfernten Pauluskirche gehen, in der wir zum Friedensgebet herzlich willkommen sind.

Nach einer Mittagspause rief ich Pfarrer Hübler an. Er war empört und aufgeregt über meine Aktivitäten, die ich trotz meiner Krankschreibung unternahm. So etwas dürfe nicht sein. Von Kantor Kreisel habe er bereits gehört, dass das Friedensgebet im Dom stattfinden solle. Es sei eine Unverfrorenheit und Erpressung, ihn unter Druck zu setzen.

401

Deshalb werde er alles unternehmen, das Friedensgebet nicht stattfinden zu lassen — nur über seine Leiche! Er sei außerdem am letzten Sonntag erneut wieder in den Dom "eingewiesen" worden. Ein Anruf von ihm genüge, und alles könne rückgängig gemacht werden. Dann legte er den Hörer auf.<sup>21)</sup> Ich hatte keine Gelegenheit, die konkreten Umstände detailliert zu erklären.

Ich setzte mich mit Kantor Kreisel wegen des Organistendienstes in Verbindung. Er weigerte sich, zum Friedensgebet zu spielen, aber er hatte nichts dagegen, einen anderen Orgelspieler dafür zu bitten. Darauf rief ich den Verfahrenstechnik-Ingenieur Arnim Boitz an, einen Hilfskantor, ob er spielen könne. Er sagte sofort zu. Beim Jugendpfarramt, das eine entsprechende Tontechnik besaß, fragte ich nach, ob wir sie für das Friedensgebet ausleihen könnten. Ich erhielt eine Absage, da das Friedensgebet eine politische Sache sei. Dafür stehe ihre Technik nicht zur Verfügung. Daraufhin wurde die Beschallung bereitwillig und kostenlos von engagierten Bürgern aus der Stadt installiert.

Wie sollte der Antrag in den Kirchenvorstand kommen? Ich telefonierte mehrmals mit dem Stellvertreter des Kirchenvorstandes, Alfred Brunner. Er erklärte sich bereit, das Anliegen des Konziliaren Prozesses einzubringen. Zusätzlich schrieb ich dem Kirchenvorstand einen Brief. Darin legte ich die biblisch-theologische Notwendigkeit eines Friedensgebetes dar und sprach die dringende Bitte aus, in der angespannten Situation dem Konziliaren Prozess zu erlauben, im Dom ein Gebet abzuhalten und Gott um Frieden zu bitten. Dem Brief fügte ich die erstellte Verlaufsskizze und die Aufstellung der Verantwortlichkeiten hinzu. Die Schriftstücke übergab ich Herrn Brunner, und er ging damit in die Sitzung des Kirchenvorstandes.

21) Pfarrer Hübler wollte vor Ablauf der festgeschriebenen fünf Jahre die Domgemeinde wegen der laufenden Auseinandersetzungen verlassen. Er war bereits als Pfarrer in der Gemeinde Zöblitz gewählt und dorthin abgeordnet worden. Auf konspiratives Betreiben der Staatsorgane, der Stasi und des Kirchenvorstandes machte er dann seinen Weggang rückgängig. Hinzu kam, dass ich seit dem Frühjahr erkrankt war. Von der Neueinweisung Pfarrer Hüblers an den Dom habe ich nichts gewusst.

402

Den Kirchenvorstand bewegte die Angst, dass nach dem Friedensgebet eine Demonstration stattfinden und die Staatsorgane mit Gewalt gegen die sich versammelten Bürger vorgehen könnten — wie im Sommer in Peking oder vor einigen Tagen in Dresden, Leipzig und Flauen. Der Einsatz der bewaffneten Kräfte könnte eskalieren und zu Blutvergießen führen. Die Kirchenvorsteher spürten ihre Verantwortung. Sie sahen sich als Zünglein an der Waage der Geschichte. Die Diskussionen und Entscheidungen waren von tiefer Sorge um die Zukunft bestimmt. Sie wollten eine Konfrontation verhindern und rangen um Erhalt des Status quo.

Superintendent Mieth hatte am Vormittag im Gespräch beim Oberbürgermeister versprochen, eine Demonstration zu verhindern. Er wollte nicht wortbrüchig werden. Die Basisgruppen hatten längst die Ängstlichkeit abgelegt, denn die Zeit war reif, sich der totalitären Staatsmacht mit friedlichen Mitteln entgegen zu stellen. Sie drängten auf Reformen, forderten Veränderungen und wagten öffentlichen Protest.

Die Debatte im Kirchenvorstand ging über vier Stunden. Im Protokollbuch sind nur magere Stichpunkte festgehalten, die die heiße Diskussion erahnen lassen:

- der Kirchenvorstand ist nicht gefragt worden, dass ein Friedensgebet im Dom stattfinden soll;
- diese Vorgehensweise wird missbilligt;
- für den Kirchenvorstand und Pfarrer Hübler ist diese Situation unerträglich;
- einstimmiger Beschluss, Superintendent Mieth muss mit Käbisch ein Gespräch führen;
- das Friedensgebet darf ausnahmsweise nur einmal am 16. Oktober stattfinden;
- die verantwortliche Gruppe soll einen Turnus mit anderen Kirchen suchen, wenn das geschehen ist, dann könnte es wieder im Dom sein;
- staatliche Vertreter sollen eingeladen werden;
- kein Plakat, keine Beschilderung, keine Einladung.

403

### **Sonnabend, 14. Oktober**

Da sich Herr Brunner nicht meldete, rief ich ihn zur Mittagszeit an. Er war entrüstet, stinksauer und von mir enttäuscht, da ich mit unlauteren Mittel arbeite. Er sei missbraucht worden, denn ich hätte ihm die Hintergründe verschwiegen. Ich war erleichtert zu hören, dass der Kirchenvorstand die einmalige Zustimmung für das Friedensgebet erteilt hatte, aber ohne Plakatierung. Diese erfreuliche Nachricht gab ich sofort telefonisch weiter.

Jahre später erfuhr ich aus den Stasi-Akten, dass Pfarrer Hübler und Herr Brunner am Vormittag ein Gespräch mit Oberbürgermeister Fischer und seinem Stellvertreter Stowasser hatten. Dabei unterrichteten die beiden Kirchenvorsteher die Staatsorgane über die Sitzung des Kirchenvorstands und das geplante Friedensgebet. Der Konziliare Prozess habe den Kirchenvorstand vor vollendete Tatsache gestellt. Damit es nicht zu einem Demonstrationzug zu einer anderen Kirche käme, sei dieses Friedensgebet im Dom genehmigt worden. Dadurch hätten sie die Möglichkeit, auf die Veranstaltung einzuwirken und sie in Ruhe und Ordnung durchzuführen. In dem Gespräch wurden auch die weitere gemeinsame Vorgehensweise und die gegenseitige Information besprochen. Superintendent Mieth weilte an diesem Tag in Dresden. Ihm sollte nach seiner Rückkehr nochmals gesagt werden, dass er alles tun solle, um Konfrontationen zu verhindern und beruhigend einzuwirken.

404

### **Sonntag, 15. Oktober**

Nach dem Gottesdienst stand der Superintendent vor meiner Tür und wollte mich unbedingt sprechen. Obwohl beide Wohnungen im Pfarrhauskomplex Wand an Wand liegen, hatte er mich in den letzten fünf Monaten während meiner Krankheit nicht besucht. Er kam nicht als Pfarrer und Seelsorger, was die ureigenste Aufgabe eines Superintendenten sein sollte, sondern im Auftrag des Kirchenvorstandes, um mir dessen Missbilligung auszusprechen. Meine Unverantwortlichkeit schade der Gemeinde und der Kirche. Er hielt mir das unbrüderliche Verhalten gegenüber dem Kirchenvorstand und die Unverantwortlichkeit meines politischen Handelns vor. Er teilte mir ferner mit, ich müsse mich damit abfinden, die Domgemeinde zu verlassen, falls es zu einer Abstimmung über das Verbleiben im Amt am Dom zwischen Pfarrer Hübler und mir kommen sollte. Sie hätten schon zuviel mit mir durchgemacht. Er werde alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration und keiner gewalttätigen Auseinandersetzung komme.

### **Montag, 16. Oktober**

Nachdem Superintendent Mieth in den Morgenstunden ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, Rolf Saalfrank, hatte, trat aufgrund einer Schnelleinladung des Superintendenten die „Konferenz des ökumenischen Stadtkonventes“ in der Superintendentur zusammen. Es sei der Wunsch des Landesbischofs Johannes Hempel, ein Friedensgebet im Dom stattfinden zu lassen. Es sollte verhindert werden, dass Bürger nach Leipzig fahren und es dort zu einem massiven Auflauf komme. Die Laien und Basisgruppen, die die Initiatoren des Konziliaren Prozesses und des Friedensgebetes waren, sind zu dieser Besprechung nicht eingeladen worden. Sie haben erst später von der Zusammenkunft und den einschneidenden Beschlüssen der Amtsträger erfahren:

405

- Superintendent Mieth übernimmt die Schirmherrschaft über das erste Friedensgebet;
- die kommenden Friedensgebete werden „Ökumenische Friedensgebete“ genannt;
- sie werden im Rotationsprinzip in allen Stadtkirchen, nachdem die gemeindlichen Entscheidungsgremien zugestimmt haben, stattfinden;
- die Ortspfarren übernehmen das Kanzelrecht;
- die Kirchenvorstände der einzelnen Gemeinden haben die Friedensgebete zu verantworten;
- der Konziliare Prozess liefert die aktuellen Informationen;
- die nächste Vorbereitung des Ökumenischen Friedensgebetes erfolgt in der Sakristei der Lutherkirche.<sup>22</sup>

22) Über die „Ökumenischen Friedensgebete“ hat der CDU-Pfarrer Theodor Polster im Mai 1990 eine Dokumentation angefertigt (Kopie im Privatarchiv Käbisch). Nach der Schilderung Polsters waren an diesem Montag (16.10.1989) Pfarrer der evangelisch-lutherischen, der evangelisch-

methodistischen und der römisch-katholischen Kirche zusammengekommen, die ihre Bereitschaft signalisierten, sich angesichts der kritischen innenpolitischen Situation für den Gedanken eines Bittgottesdienstes zu öffnen. In dieser Besprechung wurde festgelegt, dass das zweite Friedensgebet am 23. Oktober in der Lutherkirche stattfinden solle, in der Polster selbst Pfarrer war. Aus Angst vor Abhörmaßnahmen fand die Vorbesprechung dieses Friedensgebetes am 19. Oktober in der Sakristei der Lutherkirche statt.

Susanne Tr., Ulrike Dr., Dirk Schö. und ich sind ohne Einladung dorthin gegangen und protestierten wegen der kirchlichen Vereinnahmung des Friedensgebetes. In der Dokumentation ist zu lesen, dass wir vom Konziliaren Prozess aufmuckten und uns gegen die Absprache des Pfarrerkreises stellten. Es wurde auch geäußert, der Pfarrerschaft sei das Friedensgebet von der Situation aufge nötigt worden. Nach einer Diskussion sahen wir ein, dass es kirchenrechtlich keine andere Möglichkeit gab, und waren der Ansicht, ein Schulterschluss sei entstanden. Am nächsten Tag ging Polster auf Wunsch des Dompfarrers Hübler ebenfalls ins Rathaus und unterrichtete den Stellvertreter des Oberbürgermeisters Stowasser im Beisein von Abteilungsleiter Jürgen Willig über den Ablauf des Friedensgebetes. Dabei erklärte Polster, dass er mit dem Kirchenvorstand als Veranstalter dafür Sorge tragen werde, dass das „Friedensgebet in Ruhe und ohne Vorkommnisse ablaufe“. Vgl. Partei-Information 618/89; BStU ASt Chemnitz, AKG 406, Bd. 1, Bl. 145 f.

406

Mit diesem Beschluss waren die Basisgruppen und der Konziliare Prozess kirchenjuristisch aus dem Friedensgebet herausgenommen und trugen keine Verantwortung. Die Laien wurden zur Informationsbeschaffung gebraucht und zu Statisten degradiert. Damit hatte die Institution Kirche das Friedensgebet okkupiert. Das Friedensgebet am 16. Oktober 1989 war das einzige, das von der Basis gewollt, vorbereitet, organisiert, getragen und verantwortet wurde – trotz der nachträglichen Schirmherrschaft des Superintendenten. Es war ein Friedensgebet von unten. Während des ersten Friedensgebetes im Dom war auch das Symbol der brennenden Kerze hinter Stacheldraht aufgestellt worden. Es hat die Phase der friedlichen Revolution in Zwickau eingeleitet.

Von nun an öffneten Pfarrer und Kirchenvorstände, die den Status quo und das gute Staat-Kirche-Verhältnis eigentlich erhalten wollten, ihre Kirchen für die Friedensgebete. Es standen auch solche Pfarrer auf der Kanzel, die sich nie mit den Gedanken des Konziliaren Prozesses auseinander gesetzt hatten. Die Amtskirche hat das Friedensgebet nach ihren Vorstellungen verwaltet. Die Pfarrer waren von Amts wegen zur Predigt verpflichtet, aber ihre Verkündigung war oft nicht stimmig und kam nicht von Herzen. Was sie sagten, das deckten sie mit ihrem eigenen Leben nicht ab. Trotzdem sind diese „kirchlichen Würdenträger“ (staatliche Bezeichnung für Pfarrer) ungewollt zu Gehilfen der anbrechenden Demokratie geworden. Die Struktur der Institution Kirche konnte auf den friedlichen Verlauf einwirken. Die Kirche wurde zu einer Art Katalysator. Das war für die weitere Entwicklung wichtig.

Ich sehe in diesem Beschluss der Pfarrer den Anfang einer Bewegung, an deren Ende die Basisgruppen der Kirche den Rücken kehrten. Sie wurden entmündigt. Sie hatten

immer das Gefühl, in der Kirche nur geduldet zu sein; jedoch brauchten sie damals noch das schützende Dach der Kirche.

Nach der Sitzung des Stadtkonventes kam der Superintendent auf mich zu und untersagte mir, am Friedensgebet teilzunehmen. Als Grund gab er an, meine Anwesenheit würde die Staatsorgane reizen. Ich solle den Kirchenvorstand nicht weiter provozieren, denn was er aufbaue, würde ich kaputt machen. Der Superintendent erteilte mir damit Hausverbot an dem Ort, an dem ich als Pfarrer berufen und eingesetzt worden war. Ich durfte am Gottesdienst, der zu den ureigensten Aufgaben eines Pfarrers gehört, nicht teilnehmen. Ich befolgte seine Anordnung und fuhr mit meinem Sohn David zum Friedensgebet nach Leipzig. Meine Frau bat ich, an meinerstätt in den Dom zu gehen.

\*

Ich möchte hier an die vielen mutigen Leute erinnern, die sich in Basisgruppen zusammen schlossen und ihren historischen Platz einnahmen. Von Michail Gorbatschows Glasnost und Perestroika ermutigt, drängten sie auf Veränderung und Demokratisierung. Ich lernte keinen kennen, der die DDR abschaffen wollte. Ihr beharrliches Kämpfen führte mit zur Staatskrise und löste die umfassende Verwandlung der Gesellschaft aus, die nicht erst mit den Massendemonstrationen im Oktober 1989 begann. In der neuen Gesellschaft jedoch wurden diese Leute nicht mehr gebraucht. Ein Bild soll das verdeutlichen.

Die Basisgruppen waren vergleichbar der Hefe bei der Weinherstellung. Die Hefe bringt die Maische zum Gären. Damit tritt der Prozess einer Umwandlung ein. Zuerst verläuft er stürmisch, aufwallend und überschäumend. Dann wird er ruhiger und gärt gleichmäßig, bis der gesamte Fruchtsaft zu Wein verwandelt ist und zu gären aufhört. Damit es ein edler Wein wird, muss der ganze Trüb (Hefe) beseitigt werden. Dabei werden mehrfach die Verfahren des Durchseins und des Umstiches angewandt, bis der Wein blank ist und mundet. Die Hefe der Wende waren die Laien, die Basisgruppen und der Konziliare Prozess, die wie unruhige Geister die Gesellschaft durchsetzten. Der Einsatz, der Mut und das Risiko dieser Leute haben mit dazu geführt, dass die sozialistische DDR, die eine Diktatur und ein totalitärer Staat war, friedlich und gewaltfrei verändert wurde. Sie haben mehr als ihre Pflicht getan. Sie haben Geschichte gemacht.

407

#

408

## Die Stasi-Akte "Kammer" und Visionen

Es waren wiederum mutige Leute, die sich 1990 friedlich für ein Gesetz einsetzten, das als einmalig bezeichnet werden kann: das Stasi-Unterlagen-Gesetz.<sup>23</sup> Es erlaubt, die Vorgehensweise der Stasi zu erforschen und aufzudecken. Jeder Bürger, der einen Antrag stellt, kann die Unterlagen einsehen, die die Stasi über ihn persönlich angelegt hat. Er kann auch einen entsprechenden Antrag für die historische Aufarbeitung stellen.

Nach Genehmigung können dann die Methoden, die Machenschaften, die Intrigen, die Maßnahmenpläne, die Unverfrorenheit, die Doppelbödigkeit, die Gewalt, das Unrecht der Diktatur wissenschaftlich aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im Jahre 1992 habe ich einen solchen Forschungsantrag gestellt. Seitdem versuche ich das Thema „Verhältnis des MfS zur Evangelischen Kirche“ aufzuarbeiten. Tatsache ist, dass es neben der offiziellen Geschichte der Kirche, die sich sehen lassen kann, noch eine inoffizielle gibt. Das ist eine peinliche Geschichte für die Amtskirche, aber sie gehört auch zur Wirklichkeit des Christseins.

23) Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG) vom 20.12.1991. Im Herbst 1990 haben Bärbel Bohley und andere Mitstreitern die ehemalige Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße mit der Forderung besetzt, dass die Stasi-Akten geöffnet werden. Das couragierte Handeln und die Solidarisierung mit dieser Aktion haben mit dazu geführt, dass der Bundestag dieses Gesetz verabschiedete. Vgl. Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, BStU Berlin 1995.

409

Denn unser Glaube sagt, dass jeder simul justus et peccator (sowohl ein Gerechter als ein Sünder) ist. Die konspirative Geschichte bleibt gefährlich, wenn sie nicht aufgedeckt, öffentlich gemacht und zu ihr gestanden wird. Sonst geht sie weiter und richtet weitere Schäden an. Im Aufdecken besteht die Chance, derartige geheime Machenschaften zu verhindern und Vertrauen durch Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit zu schaffen. Mein Alltag als Pfarrer war überschattet von der Beeinflussung der Stasi, die nicht nur durch IM, sondern auch durch eigene Kirchenleute geschah.

Neben meinem persönlichen OV "Kontrahent" eröffnete die Stasi am 15. Juli 1988 zusätzlich den OV "Kammer". So begann innerhalb der Domgemeinde eine weitere inoffizielle, geheime und konspirative Geschichte. Sie wurde von der Stasi planmäßig gesteuert und war auf Langzeitwirkung angelegt. Differenzierung und Zersetzung sollten von den eigenen Leuten durchgeführt und „demokratisch“ praktiziert werden.

Die Stasi-Akte trägt zwar die Bezeichnung „OV“ für Operativen Vorgang, sie kann aber wie ein IM-Vorgang gelesen, verstanden und ausgewertet werden.

Der Kirchenvorstand und der Superintendent, die eine Obhuts- und Fürsorgepflicht auch gegenüber den Pfarrern haben, wurden für die Ziele der Stasi missbraucht. Die Einflussnahme geschah nicht direkt über die hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, sondern verdeckt über „gesellschaftliche Kräfte“ oder IM. Der OV „Kammer“ bezog sich auf keine begangene oder zu erwartende Straftat nach dem Strafgesetzbuch der DDR, was an sich die Voraussetzung für die Anlage eines OV war, sondern benannte lediglich das Ziel dieses Vorganges.

Im Eröffnungsbericht heißt es:

"Die Zielstellung der komplexen operativen Bearbeitung aller Kirchenvorstandsmitglieder sowie seines Vorsitzenden bestehen darin,

# eine umfassende <Wer ist wer>-Aufklärung aller Mitglieder, aus spezifischer Sicht ihrer Stellung zu den Ereignissen am Dom, durchzuführen, um Mehrheiten für entsprechende Beschlüsse gegen das Wirken von Pfarrer Dr. Käbisch kalkulierbar zu machen,

# entsprechend der Lage und nur in Abstimmung mit dem Leiter der Bezirksverwaltung offensive Maßnahmen einzuleiten, die es erreichen, dass Y. [Name anonymisiert] seine Position der Ablehnung der Ereignisse festigt und aktiv gegen Pfarrer Dr. Käbisch vorgeht sowie im Rahmen dieses Prozesses Superintendent Mieth, Günter ebenfalls zu konkreten Handlungen veranlasst wird."24

410

#

Um dieses Ziel zu erreichen, ging die Stasi folgendermaßen vor: Zuerst wurden vertrauliche Beziehungen zu einflussreichen Kirchenvorstehern hergestellt. Der Vorsitzende Pfarrer Hübler fand im Referenten für Kirchenfragen Zöphel einen Gesprächspartner, mit dem er über alles reden konnte. Die Weltpolitik, innerkirchliche Probleme und auch private Angelegenheit gehörten dazu. Für diese Begegnungen und Gespräche bekam der Kirchenreferent alias IME „Ludwig“ von der Stasi konkrete Aufträge und Konzepte.

Die Gesprächsprotokolle musste er schriftlich für die Stasi abfassen, die dann von ihr entsprechend analysiert und ausgewertet wurden. Sie bildeten die Grundlage für weitere Maßnahmen. Von diesem Hintergrundgeschehen hat Pfarrer Hübler nichts gewusst, aber er hätte es ahnen können, wenn er sich einem staatlichen Vertreter, der auf die Kirchenfragen spezialisiert war, anvertraute. Er war in der damaligen Situation



froh, im Referenten einen Gesprächspartner und ein offenes Ohr für alle seine Probleme zu haben. Zöphel wurde zu einem Gesprächspartner, Freund und Vertrauten.

24) Eröffnungsbericht der MfS-Kreisdienststelle Zwickau zum OV „Kammer“ vom 15.7.1988, bestätigt durch den Leiter der Bezirksverwaltung, S.1f.; BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 1640/88, Bd. 1.

411

In ähnlicher Weise hat sich der Direktor der Ingenieurhochschule Zwickau, Professor Horst Aurich, um seine beiden Mitarbeiter, den Wartungsingenieur Alfred Brunner und den Oberassistenten Dr. Heinz Fritzsch, gekümmert. Sie saßen im Kirchengvorstand. Aurich wirkte als IME „Winkler“ für die Stasi und setzte gewissenhaft die von ihr entworfenen Gesprächskonzeptionen in die Realität um. Es waren stets Einzelgespräche. Der SED-Direktor zeigte plötzlich größtes Interesse am Domgeschehen und wusste über innerkirchliche Spannungen und Auseinandersetzungen Bescheid.

Er baute auf Brunners und Fritzschs ehrliche und christliche Einstellung. Er erinnerte sie an ihr progressives Verhalten und Auftreten und appellierte an sie, das gute Staat-Kirche-Verhältnis nicht kaputt gehen zu lassen. Sie sollten keinen Missbrauch des Domes bei den A-Gottesdiensten zulassen, den Dom nicht zur „Zionskirche“ werden lassen und auch die Aktivitäten des Konziliaren Prozesses zurückdrängen. Deshalb sollten sie sich im Kirchengvorstand einsetzen, derartige Dinge und Machenschaften zu unterbinden.

Über diesen Weg, bei dem zugleich eine arbeitsrechtliche Abhängigkeit bestand, wurde auf die Meinungsbildung, die Entscheidungsfindung und das Abstimmungsverhalten der Kirchengvorsteher Einfluss genommen. Das war von Erfolg gekrönt. Bereits nach vier Monaten konnte in einem operativen Sachstandsbericht dem Leiter der Bezirksverwaltung Chemnitz, Generalleutnant Gehlert, gemeldet werden, die beiden Kirchengvorsteher hätten sich erfolgreich bemüht, Aktivitäten des Konziliaren Prozesses zu bremsen und die Absetzung der A-Gottesdienste am Dom zu betreiben. Auf Intervention des Superintendenten sind die Gottesdienste jedoch beibehalten worden. Die freiwillige Unterrichtung des Oberbürgermeisters wegen des ersten Friedensgebetes am Dom kann ebenfalls als Erfolg angesehen werden.

412

Superintendent Mieth ist häufig zu Gesprächen mit den Staatsorganen, die ebenfalls von der Stasi vorbereitet und konzipiert wurden, geladen worden und wurde dabei „[abgeschöpft](#)“. Er wurde nach seiner Haltung zum Konziliaren Prozess, zur Friedensbibliothek und zu meiner Person befragt. Die angefertigten Gesprächsprotokolle wurden von der Stasi ausgewertet und zur Planung neuer Maßnahmen benutzt. Bei den Gesprächen hat sich auch der Referent für Kirchenfragen beim Bezirk, Steffen Klemm, eingeschaltet, der zugleich ein „Offizier im besonderen Einsatz“ der Stasi war. Mieth

hatte anfänglich Bedenken wegen der Überschreitung der bestehenden Gesprächsebene, hat aber dann Klemm akzeptiert.<sup>25</sup>

Mieth besaß bestimmte Rechte, die an das alte römische Prinzip *divide et impera* erinnern. Er erhielt von der staatlichen Seite Informationen und Hintergründe, die er zumeist für sich behielt und selten kirchlicher-seits auswertete. Auf ihn wurde eingewirkt, gegen den Konziliaren Prozess vorzugehen und besonders die Friedensbibliothek zu schließen. Er durfte die Härtefälle der A-Leute dem Rechtsanwalt Dr. Wetzig vortragen und wurde somit privilegiert.

Eine indirekte Beeinflussung Mieths durch die Stasi wird auch durch den methodistischen Superintendenten Walther deutlich. Walther war mit dem Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Siegfried Gehlert befreundet. Beide besuchten sich gegenseitig und tauschten sich auch über kirchliche Belange aus. Gehlert machte aus der Freundschaft eine konspirative Beziehung zum IMB "Waldemar" (ohne Verpflichtungserklärung), sonst hätte er in seiner Stellung nicht mit einem kirchlichen Würdenträger verkehren können. Walther wurde operativ genutzt und hat sich sicherlich benutzen lassen, um auf Mieth Einfluss zu nehmen bzw. von ihm entsprechende Hintergrundinformationen zu erhalten.

25) Zur Gesprächsebene gehörte, dass der Pfarrer mit dem Stadtrat, der Superintendent mit dem Oberbürgermeister und das Landeskirchenamt mit dem Rat des Bezirkes sprach. Klemm versuchte Mieth eine wertvolle Kristallvase zu schenken, die Mieth nicht annahm, denn er hat sich korrekt an die kirchlichen Verordnung gehalten, keine Geschenke anzunehmen. Mieth bemühte sich, zu den Gesprächen möglichst nie allein zu gehen, und nahm sich kirchliche Begleiter mit.

413

Die Stasi sah die sich zuspitzende innenpolitische Lage realistisch. Die Zwickauer Basisgruppen besaßen eine Vorreiterrolle im DDR-Maßstab und waren nicht "in den Griff zu kriegen". Die Stasi wollte Gespräche, was aber die elitäre SED-Führung ablehnte. Deshalb hat sie wahrscheinlich den Wunsch, die Kirche möge mit dem Bürgermeister der Stadt Zwickau in einen Dialog treten, über Walther an Mieth herangetragen. Es sollte ein gesteuerter Verlauf der Entwicklung vereinbart und eine Demonstration verhindert werden. Weiterhin könnte es ganz im Sinne der Stasi gewesen sein, die Friedensgebete aus den Händen der Basisgruppen zu nehmen und sie nicht nur auf den Dom zu konzentrieren.

Im entstandenen Rotationsprinzip lag vielleicht die Absicht versteckt, dass sich die Friedensgebete verlaufen werden.<sup>26</sup>) Jedenfalls ist eine Spaltung zwischen dem kirchlichen Schirmherrn Mieth und den Basisgruppen eingetreten. Das lag ganz im Interesse der Stasi. Die Basisgruppen waren ein unkontrollierbarer Unsicherheitsfaktor.

26) Vgl. Aktennotiz des Rats des Kreises vom 17.10.1989; Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Nr. 19788, ohne Paginierung. In der IM-Akte „Waldemar“ finden sich an vier Stellen Verweise auf den (nicht identifizierten) IM „Geier“, der Informationen über die Gespräche Mieths mit seinem Amtskollegen Walther an die Stasi weitergegeben hat (BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 1866/82, Bd. 1/2, Bl. 129, und Bd. II/1, Bl. 96).

Mit Superintendent Mieth habe ich gesprochen und ihn gebeten, mir konkrete Auskunft über die Ereignisse, Gespräche und Vereinbarungen der Tage im Umfeld des 1. Friedensgebetes zu geben, um diese einmalige Zeit für die Nachwelt zu dokumentieren. Er verweigerte mir jegliche Auskunft, sodass ich die Ereignisse nur aus meiner Sicht schildern und aus den schriftlichen Dokumenten zitieren kann, die aber sehr lückenhaft sind. Ein Grund für die spärliche schriftliche Überlieferung liegt wohl daran, dass es damals den Staats- und Stasi-Organen an Zeit und Ruhe fehlte, weil sich die Ereignisse überschlugen. In den geführten Gesprächen mit dem Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Gehlert wurde meine Sichtweise bestätigt.

414

Dagegen war die Kirche mit ihren Würdenträgern kalkulier- und berechenbar. In ihr gab es Pfarrer, die von der Stasi als „progressiv“ eingeschätzt wurden.<sup>27</sup> Mieths Wunsch, umgehend mit den Gruppen des Konziliaren Prozesses Gespräche zu führen, kam durch die sich überschlagenden Ereignisse nicht mehr zustande.

27) SED und Stasi teilten die Pfarrer in drei Gruppen ein: Progressiv, loyal und feindlich-negativ. Diese Einteilung gehörte zu den Differenzierungsmaßnahmen, um Basisgruppen und Personen besser zersetzen und paralysieren zu können.

Gott sei Dank kam der Herbst 1989, denn bis dahin hatte die Stasi ihre konspirative Einflussmöglichkeiten ausgebaut und perfektioniert. Die Konzeption der Maßnahmenpläne begann zu greifen und erreichte die erwünschte Wirkung. Die Geschehnisse am Dom konnten über „demokratische Beschlüsse“ der Kirchengremien dirigiert und beeinflusst werden. Auch das Landeskirchenamt in Dresden ist in diesem Prozess der Einflussnahme mit eingeschaltet gewesen. Das wahre Ausmaß bedarf noch einer eingehenden Untersuchung. An dieser Stelle möchte ich besonders Pfarrer Hübler erwähnen und seine christliche Haltung hervorheben. Er ist die einzige Person, die sich im Prozess der Aufarbeitung für sein damaliges Verhalten öffentlich entschuldigt hat. Das lässt hoffen und sollte zur Nachahmung anspornen.

Der Titel und Inhalt des Buches von Dorothee Sölle\* <[Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde](#)> haben mich nicht nur vor 1989 fasziniert.

**So wage ich auch sieben Visionen auszusprechen:**

1. Es ist die Vision der Wahrheit, die öffentlich über Verstrickung, Verrat und Verletzung

spricht. In diesem Geschehen kann ausgesprochene Schuld vergeben werden. Das führt zur Heilung der Gesellschaft!

2.Es ist die Vision der Gerechtigkeit, die Verletzungen von menschlichen Werten und christlichen Tugenden empfindet und ausspricht. Das führt zu einer neuen Qualität der DDR-Aufarbeitung!

3.Es ist die Vision der Zivilcourage, die aus dem protestantischen Glauben lebt und Nachteile nicht scheut, wenn es um die Grundrechte und Freiheiten der Menschen geht. Es gibt viel zu tun!

4.Es ist die Vision der Solidarität, die mit der Dynamik rechnet, wenn einer für den anderen eintritt. Das Verlangen nach Solidarität ist groß!

5.Es ist die Vision des Daseins für andere, in der die Kirche beginnt aufzuhören, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen. So entsteht Hoffnung bei den Suchenden!

6.Es ist die Vision des aufrechten Ganges, bei der jeder seine Rede und sein Leben nach den Worten Jesu ausrichtet: „Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“ Aufrichtigkeit tut not!

7.Es ist die Vision des Vertrauens. Vertrauen ist und bleibt die Wurzel des friedlichen Miteinanders. Jeder sehnt sich danach!

415

#

## Literaturhinweise

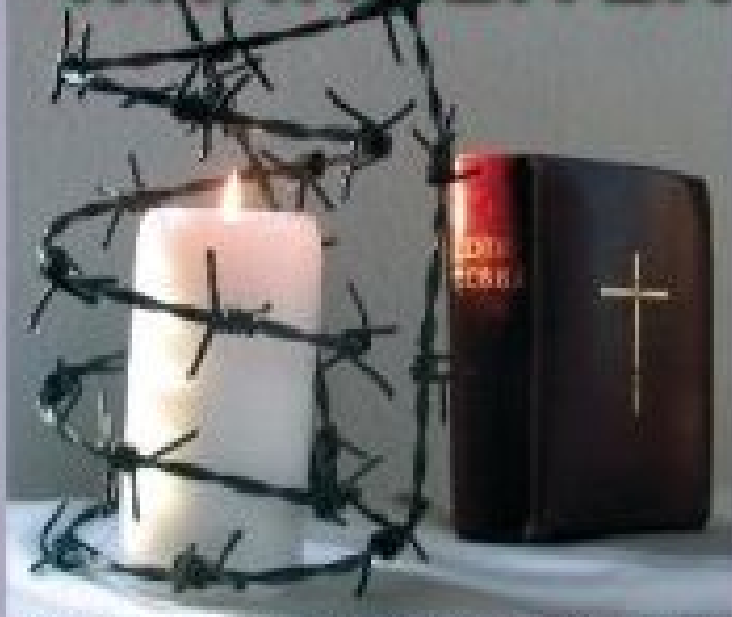
- ◆ Behnke / Jürgen Fuchs (Hrsg.): Zersetzung der Seele; Psychologie und Psychiatrie im Dienst der Stasi, Hamburg 1995.
- ◆ Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin und Frankfurt am Main 1995.
- ◆ Besier/Wolf (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991.
- ◆ S. Engelbrecht: Kommunikationsgemeinschaft Kirche? Eine Studie zum kirchenleitenden Handeln in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens 1971-1989, Diss.1999
- ◆ Dieter Grande/Bernd Schäfer: Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR, Leipzig 1998.
- ◆ Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996.
- ◆ Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.

- ◆ U. Poppe / R.Eckert / I.Kowalczyk: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.
- ◆ Katja Schlichtenbrede: Alternative Gruppen in Zwickau in den 80er Jahren im Spannungsfeld von Staat und Kirche, Magisterarbeit Leipzig 1999.
- ◆ Josef Schmid: Kirchen, Staat und Politik in Dresden zwischen 1975 und 1989 Köln 1998.
- ◆ Siegfried Suckut (Hrsg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996.
- ◆ Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
- ◆ Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996.

416



# ZUMUTSBARE WAHRHEITEN



Erfahrungen mit der Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen in der Landeskirche Sachsens.

Mit Praxisbeispielen für die Bildungsarbeit in Schule und Gemeinde.

**Edmund Käbisch**

ZUR **ZUKUNFT**  
GEHÖRT

DIE **ERINNERUNG**

*Meinem Weggefährten Olf  
aus Dankbarkeit für sein  
Engagement bis der Aufarbeitung  
der Vergangenheit.*

*Sie Udo  
Zwickau, 7. Juli 2006*



Bildungswerk  
für Kommunalpolitik  
Sachsen e.V.



## Handschlag des Bundespräsidenten

Bundespräsident Horst Köhler (links mit Ehefrau Eva) hat sich gestern während des Neujahrempfangs für verdiente Bürger im Berliner Schloss Charlottenburg beim ehemaligen Zwickauer Dompfarrer Edmund Käbisch (rechts) nach seiner Tätigkeit als Patientenfürsprecher und als Religionslehrer erkundigt. Köhler sei sehr interessiert gewesen, sagte Käbisch gestern nach dem Empfang der „Freien Presse“. Erstmals hatte der Bundespräsident einen Empfang für Bürger gegeben, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben.

-FOTO: BUNDESPRESSEAMT

FP 12.01.2005 S.73